Koschyks

politische Korrespondenz

POLITISCHE INFORMATIONEN AUS ERSTER HAND

AUSGABE 45 I JULI 2017 I JAHRGANG 12

CSU DEMONSTRIERT GESCHLOSSENHEIT

Koschyk erwartet harten Bundestagswahlkampf

Auf einen harten Wahlkampf hat der Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk die Delegierten des CSU-Kreisverbandes Bayreuth-Land eingeschworen. „Wir müssen alles mobilisieren, damit nicht an uns vorbei regiert werden kann“, sagte Koschyk bei der Kreisvertreterversammlung Anfang Juli in Creußen. Als unwürdiges und ganz offensichtliches Wahlkampfmanöver bezeichnete der Abgeordnete, der am 24. September nicht mehr antreten wird, die Abstimmung vom selben Tag über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Mit den Worten „So darf man mit unserer Verfassung nicht umgehen“ kommentierte Koschyk Überlegungen von Bundesjustizminister Heiko Maas, das Ergebnis der Abstimmung ohne Grundgesetzänderung umzusetzen. „In Bayern und in Oberfranken läuft es gut“, sagte die alte und neue Kreisvorsitzende, die Landtagsabgeordnete Gudrun Brendel-Fischer. Vielen Mitbürgern sei manchmal zu wenig bewusst, in welch privilegiertem Land wir eigentlich leben dürfen. Als Beispiele führte Brendel-Fischer unter anderem die aktuell überaus positiven Arbeitsmarktzahlen, die herausragende Bildungslandschaft und die hohen Summen für die Wirtschaftsförderung auf. In Sachen Behördenverlagerung sei Oberfranken ohnehin der Gewinner, auch wenn dies erst in einigen Jahren deutlich werde. Um eine weiterhin nachhaltige Entwicklung im Landkreis Bayreuth zu gewährleisten, seien attraktive und bezahlbare Wohnmöglichkeiten, gut erreichbare Kinderbetreuungs- und Schulstandorte sowie eine wohnortnahe medizinische Versorgung notwendig. Dabei sprach die Vorsitzende von einer frohen Botschaft, dass das Bayreuther Klinikum künftig mit dem Universitätsklinikum Erlangen zusammenarbeiten werde. „Wir brauchen die Medizinerausbildung vor Ort“, sagte Landrat Hermann Hübner dazu. Damit sei gewährleistet, dass auch in zehn Jahren noch deutschsprachige Ärzte in unseren Krankenhäusern zu finden sind. Geschlossenheit demonstrierte der Kreisverband, was die potenzielle Nachfolgerin von Hartmut Koschyk, die Bundestagsabgeordnete Silke Launert als CSU-Direktkandidatin für den Wahlkreis Bayreuth/Forchheim angeht. Silke Launert, sei mit hohem demokratischen Anspruch gewählt worden und werde die Arbeit in Berlin sicher bravourös meistern, sagte Brendel-Fischer. Koschyk selbst sprach von einem vorbildlichen, offenen und transparenten Verfahren, das mit neun Kandidaten gestartet sei und bei dem sich am Ende 160 Delegierte in einer fairen Abstimmung für Silke Launert entschieden hatten.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Rekordbeschäftigung, die geringste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung, ein seit vier Jahren ausgeglichener Haushalt bei weiter steigenden Einnahmen des Staates – am Ende der Wahlperiode stimmt die Bilanz. Rekordsummen für Investitionen in die Infrastruktur, wachsende Renten und Löhne, mehr Geld für Bildung und Forschung. Die gute Entwicklung der Wirtschaft, aber auch die kluge Haushaltsführung erlauben es uns, Verkehrswege, Breitband, Kitas und Schulen noch stärker zu fördern als bereits geplant.

Eine erfolgreiche Bilanz. Dabei ist die Liste der Probleme, denen wir uns unvorhersehbar gegenüber sahen, beinahe so lang wie die der Erfolge. Ukraine-Krise, Brexit, die US-Präsidentschaftswahl – aber auch die noch andauernde Krise in Griechenland, die Unruhen in vielen Weltregionen, die die größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst haben. Deutschland sah und sieht sich neuen Anforderungen gegenüber, die uns grundlegend neue Antworten abverlangen.

Die von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel angeführte Bundesregierung hat ihren Kurs auch in einer schwierigen Zeit voller Herausforderungen mit Augenmaß gehalten. Wir haben unser Land vorangebracht und Deutschland ist ein verlässlicher Partner in Europa und der Welt. Die politische Bilanz von CSU und CDU der vergangenen vier Jahre belegen eindrucksvoll den Erfolg der unionsgeführten Bundesregierung. Selbstbewusst werden wir nun unsere politischen Ziele für die kommenden vier Jahre im beginnenden Wahlkampf vertreten.

Ihr Hartmut Koschyk

Anteilnahme

Abschied von Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl

Am 16. Juni 2017 trauerten Deutschland, Europa und die ganze Welt um den Verlust von Alt-Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Ein großer Staatsmann, glühender Europäer und Weltbürger schied mit 87 Jahren von dieser Erde. Vor gut 35 Jahren, am 1. Oktober 1982, wählte der Deutsche Bundestag Dr. Helmut Kohl zum Bundeskanzler. Die Bevölkerung wollte einen Neustart und hat dies, ein halbes Jahr später bei der Bundestagswahl 1983 eindrucksvoll bestätigt. Unter der Regie von Helmut Kohl hat die neue Koalition die Politik Deutschlands neu ausgerichtet: Rückkehr zu den Grundelementen der Sozialen Marktwirtschaft, Konsolidierung der Sozialbeiträge und die Stabilisierung des Staatshaushalts waren wichtige Errungenschaften. Auch soziale Gerechtigkeit und ökonomische Räson gingen wieder einher. Besonders in Erinnerung bleiben werden die herausragenden Verdienste von Alt-Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl im Bereich der europäischen Zusammenführung und Integration. Er war nicht nur der „Vater der Deutschen Einheit", sondern machte die Weiterentwicklung der europäischen Gemeinschaftsbildung zu seiner außen

politischen Hauptaufgabe. Der Mauerfall, die Wiedervereinigung und die Einigung Europas werden nie vergessen werden und sind zurecht Sternstunden der Geschichte. Dabei kommt der Aussöhnung Deutschlands mit Polen eine besondere Bedeutung zu. Unvergessen ist die Heilige Messe, zelebriert vom damaligen Oppelner Bischof Prof. Dr. Alfons Nossol in Kreisau Mitte November 1989, die Alt-Bundeskanzler Kohl – wenige Tage nach dem Mauerfall in Berlin – gemeinsam mit dem damaligen Ministerpräsidenten Mazowiecki als Zeichen für den Aufbruch in eine neue Zeit des gemeinsamen Miteinanders im deutsch-polnischen Verhältnis besuchte. Damit wurde eine neue Zeit der Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland eingeleitet. Durch den bilateralen Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 wurden darüber hinaus die Rechte der deutschen Volksgruppe in Polen vertraglich geschützt. Als Christen leben wir in der Hoffnung, dass der Tod nicht das letzte Wort über unser menschliches Dasein bedeutet. Ich habe Dr. Helmut Kohl persönlich und für seine Verdienste sehr geschätzt und werde ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unvergessen ist mir sein Besuch in Bayreuth, wo er mich im damaligen Bundestagswahlkampf persönlich unterstützte. In der Stunde der Trauer möchte ich mich nun mit den Worten von Albert Schweizer verabschieden:

„Das schönste Denkmal, das ein Mensch bekommen kann, steht in den Herzen seiner Mitmenschen."

INHALT der 45. Ausgabe von „KpK"

Anteilnahme ..... S. 2

Gegen ein falsches Bild von Israel ..... S. 3
100 Jahre Oktoberrevolution .... S. 3

Historische Zeutreise ..... S. 4
Verantwortung für Russlanddeutsche ..... S. 5
Neue Hinweisschilder ..... S. 5

Ukrainische Delegation ..... S. 6
Besuch in Berlin ..... S. 8

Gesundheitsdienstleister ..... S. 8
Kein Sonderopfer für die Landwirtschaft ..... S. 9
Verabschiedung M. Nüssel ..... S. 9

Imkerlehrgang Büchenbach .... S. 10
Haushaltsentwurf 2018 ..... S. 10

Minority SafePack ..... S. 11
Letzte Rede ..... S. 11
Ausschuss Sinti und Roma ..... S. 13

Gedenkstunde für Vertriebne ..... S. 13
Spätaussiedlerbeirat ..... S. 14
Aussiedlerseelsorge ..... S. 15

Empfang AGDM S.15
AGDM beim Bundestagspräsident S.16
Goldene Ehrennadel S.16

Auszeichnung des DFBD S.17
Menschenrechtspreis S.17
DFB-Präsident Grindel S.17

Merkel im Gespräch mit Russlanddeutschen S.18
Deutsch-Ukrainische-Regierungskommission S.18
Tagung Kirchliche Seelsorge S.19

Deutsch-Rumänische-Regierungskommission S.20
AvH-Kulturforum S.20

Genussfest S.21
Musical „Chiara di Dio" S.21
XVI. Deutsch-Koreanisches Forum S.22

IPS-Stipendiatin S.23
Stellungnahme „Ehe für Alle" .. S.23

Schnelleres Internet S.24
Besuchergruppen S.24

Gegen ein falsches Bild von Israel

Deutsch-Israelische Gesellschaft feiert ihre Gründung mit einem Festakt

„Wenn es um Israel geht, dann kochen die Emotionen oft hoch, zum Teil auch Aggressionen", sagte der Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Bayreuth, Günter Beck-Mathieu. Für ihn herrscht in der Öffentlichkeit nur allzu oft ein völlig falsches Bild von Israel. vor und genau dagegen wollte er mit der Gründung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft etwas unternehmen. Seit knapp einem Jahr hat Oberfranken eine Deutsch-Israelische Gesellschaft. Mit einem Festakt in der Bayreuther Zamirhalle wurde die Gründung jetzt auch offiziell gefeiert.

Anhand einiger Tatsachen rückte Beck-Mathieu, der erster Vorsitzender der Deutsch-israelischen Gesellschaft ist, das Bild Israels auch gleich zurecht. Es sei ein ganz kleines Land, kleiner als Albanien, es sei aber auch ein High-Tech-Land, das „Silicon Valley des Nahen Ostens". Vor allem aber sei Israel ein freies und offenes Land mit vielen unterschiedlichen Kulturen und ein demokratisches Land, „ganz im Gegensatz zur anderen Seite", wie der Gründungsvorsitzende anmerkte. „Wir wollen ein realistisches Bild von Israel vermitteln und die Menschen zusammenbringen", sagte Beck-Mathieu. Ein Ziel könnte beispielsweise eine Städtepartnerschaft sein. Es gehöre leider wieder Mut dazu, Partei für Israel zu ergreifen, so der Vorsitzende. „Wir wollen den Mut dazu aufbringen." Die junge Generation trage keine Schuld, aber sie werde immer in der Verantwortung stehen, dass Deutschland das „Nie wieder" an die Spitze aller politischen Bemühungen stellt, sagte der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Hartmut Koschyk. Manchmal scheine uns die Last der Geschichte zu erdrücken, doch wir sollten die Geschichte als Verantwortung für die Zukunft begreifen. Koschyk gab zu bedenken, dass Deutschland mit Israel die gleichen demokratischen Werte teile. Auch in Israel werde demokratisch um den richtigen Weg zum Frieden gerungen. Die Meinungsfreiheit in Deutschland müsse allerdings dort ihre Grenze haben, wo das Existenzrecht des Staates Israel in Frage gestellt wird. Vielmehr sollte das Existenzrecht stets von Europa verteidigt werden. Von der neuen Deutsch-Israelischen Gesellschaft erhoffte sich Koschyk viele wichtige Impulse für eine lebendige Zusammenarbeit. Es gebe immer noch latente Formen des Antisemitismus, so Hellmut Königshaus, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und langjähriger Wehrbeauftragter des deutschen Bundestages. Natürlich könne man einiges, etwa die Siedlungspolitik, an Israel kritisieren. Doch gab der Präsident auch zu bedenken, dass außer Ägypten und Jordanien sämtliche Nachbarländer den Staat Israel tilgen möchten, die Hamas fordere sogar die Vernichtung Israels. „Israel ist ein Land, das permanent bedroht wird", so Königshaus. Auch er erinnerte daran, dass Israel Rechtsstaat und Demokratie sei und gleichzeitig auch ein Land, das Menschen vorbildlich in Gesellschaft und Arbeitsleben integriert. Der offizielle Festakt zur Gründung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft fand in der Zamirhalle, der Heimstätte des Zamirchores statt. Die Partnerschaft mit Israel und die Beschäftigung mit dem Holocaust seien wichtige Ziele des Chores, sagte die Gründerin und Leiterin Barbara Baier. Bereits 2008 habe das erste große Festkonzert zusammen mit einem israelischen Chor in Bayreuth stattgefunden, Höhepunkt der Chorgeschichte sei 2010 der Auftritt des Zamirchors zum Holocaust-Gedenktag bei den Vereinten Nationen in New York gewesen. „Es ist unser aller Lebensinhalt, an diesem Thema dranzubleiben", sagte Baier.

100 Jahre Oktoberrevolution überschatten 500 Jahre Reformation

Erzbischof Dietrich Brauer in Goldkronach

Das Jubiläum 500 Jahre Reformation wird in Russland vom Gedenken an die Oktoberrevolution vor 100 Jahren überschattet. Daran hat der Erzbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland, Dietrich Brauer, bei der Eröffnung des Goldkronacher Kultursommers im Landkreis Bayreuth erinnert. „Unsere Kirche erlebte in der Folgezeit einen echten Völkermord, leider wird er nicht so genannt, aber es war ein echter Völkermord", sagte Brauer, der 2011 mit damals 28 Jahren als einer der jüngsten Bischöfe einer

lutherischen Kirche gewählt wurde. 2015 wurde Brauer, Sohn einer russlanddeutschen Familie, zum Erzbischof geweiht. Ein Gemeindeleben habe es nach der Oktoberrevolution nicht mehr gegeben. Kirchen seien abgerissen oder geschändet, Pastoren und Kirchenvorstandsmitglieder hingerichtet worden. Erst vor rund zweieinhalb Jahrzehnten sei die lutherische Kirche in Russland wieder entstanden. Wenn auch die Religion längst nichts Selbstverständliches mehr ist, hätten die Menschen das Evangelium

als frohe Botschaft inmitten aller schlimmen Nachrichten nötiger denn je, sagte Brauer und sprach sich für einen verstärkten interkonfessionellen Dialog vor allem mit der russisch-orthodoxen Kirche aus. Auch wir sind Jünger in der Nachfolge Jesu, sagte zuvor der Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Hartmut Koschyk. Diese Botschaft hätten viele Deutsche mitgenommen, als sie vor hunderten von Jahren dem Aufruf der russischen Zarin Katharina gefolgt sind, ins Zarenreich zu übersiedeln. So gehöre der christliche Glaube seit jeher zu einer entscheidenden Stütze der Identität von aktuell rund einer Million Russlanddeutscher in Russland und etwa zweieinhalb Millionen Russlanddeutscher in Deutschland. Veranstalter des Goldkronacher Kultursommers ist das Alexander-von-Humboldt-Kulturforum Schloss Goldkronach. Initiator ist der Bundestagsabgeordnete und Bundesbeauftragte Koschyk. Die Eröffnung des Goldkronacher Kultursommers wurde umrahmt von zahlreichen Musikstücken des Augsburger Vokalquartetts Rudemus. Dabei handelt es sich um die Sängerinnen Larissa Beller, Alena Heiser, Anna Hosmann und Tatjana Zier, vier Frauen russlanddeutscher Abstammung. Mit Orgelbegleitung oder A-Cappella führten die vier professionellen Sängerinnen unter anderem Werke von Wolfgang Amadeus Mozart, Franz Schubert und Sergej Rachmaninow auf. Fürbitt- und Segensgebet sprachen Pfarrer Hans-Georg Taxis und Pater Stephan Matula.

Russlanddeutsche feiern 500 Jahre Reformation

Historische Zeitreise mit Dichtern und Musikern in der Bayreuther Stadtkirche

Eigentlich ist es ein Weihnachtslied, aber es ist gleichzeitig auch eines der bedeutendsten Lieder Martin Luthers und ein Lied mit einer zutiefst evangelische Botschaft: „Vom Himmel hoch, da komm ich her“. Der Titel des Liedes war gleichzeitig auch das Motto für ein außergewöhnliches Konzert, das der Internationale Verband der deutschen Kultur zum 500. Jahrestag der Reformation im Mai in der Stadtkirche veranstaltet hat. In einer Zeit der großen Verunsicherung ist die frohe Botschaft des Luther-Liedes wichtig und zeitlos, sagte Stadtkirchenpfarrer Martin Kleineidam. „Vom Himmel hoch“ stehe aber auch für deutsches Kulturgut mit völkerverbindendem Charakter. Genau das bestätigte auch Olga Martens, erste stellvertretende Vorsitzende des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur. „Der Glaube hat uns geholfen, unsere Identität als Deutsche zu erhalten“, sagte sie. Damit sei der Glaube auch ein wichtiger Teil der russlanddeutschen Identität und deshalb werde das Jubiläum 500 Jahre Reformation auch von Russlanddeutschen so herausgehoben gefeiert. Das Reformationsgedenken sei eine wichtige Brücke zwischen Deutschland und Russland sagte Hartmut Koschyk, Bayreuther Bundestagsabgeordneter und Bundesbeauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. „Der christliche Glaube ist, war und bleibt eine ganz wichtige Stütze für die Identität der Russlanddeutschen“. Besonders hob Koschyk hervor, dass das Reformationsgedenken auch in Russland im ökumenischen Geist gefeiert werde, sowohl mit der katholischen, als auch mit der russisch-orthodoxen Kirche. Bereits zu Lebzeiten Martin Luthers war in Moskau die erste protestantische Kirche entstanden. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte es in Russland vier Millionen Lutheraner und rund 2000 Lutherkirchen gegeben. Mit der Revolution 1917 wurde das lutherische Leben verboten, die Kirchen wurden abgerissen oder als Getreidelager, Viehställe und Clubs genutzt. Beim Literatur- und Musikabend anlässlich des Jubiläums 500 Jahre Reformation gab es zeitgenössische und klassische Kompositionen sowie Lyrik russlanddeutscher und deutscher Poeten. Ausführende traten bekannte und ausgezeichnete russlanddeutsche Künstler wie der Akkordeonspieler Friedrich Lips, die Pianistin Julia Kuzmina, das Trio des Komponisten und Pianisten Kirill Richter, das Quartett „Rudemus“ aus Augsburg sowie die Opernsängerin Natalie Ritter auf. Für den poetischen Rahmen sorgten

die russlanddeutschen Schauspielerinnen Irina Lindt und Anastasija Alexandrowa, die Moderation übernahmen die russlanddeutschen Schauspieler Anna Bagmet und Jurij Diz. Das außergewöhnliche Konzert in der Bayreuther Stadtkirche markierte gleichzeitig den Auftakt zur 22. Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission in Bayreuth.

Besondere Verantwortung für Russlanddeutsche

Deutsch-Russische Regierungskommission

Rund 9,5 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt sind im laufenden Jahr zur Unterstützung der in der Russischen Föderation lebenden Russlanddeutschen vorgesehen. Das sind rund 100000 Euro mehr als im zurückliegenden Jahr. Die russische Seite hat rund 147,5 Millionen Rubel (rund 2,3 Millionen Euro) bereitgestellt und für 2017 rund 150 Millionen Rubel (rund 2,4 Millionen Euro) für Unterstützungsleistungen eingeplant. Das sind die wichtigsten Ergebnisse der 22. Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen, im Mai in Bayreuth getagt hat. Am Mittwoch unterzeichneten die beiden Vorsitzenden, der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, und der Leiter der Föderalen Agentur für Nationalitätenangelegenheiten, Minister Igor Barinow, in den Räumen der Regierung von Oberfranken ein entsprechendes Abkommen. Drei Tage lang wurde internationale Politik in Bayreuth gemacht. So begrüßten bei der Sitzung beide Seiten den Fortgang der im zurückliegenden Jahr wie-

deraufgenommenen Arbeit an einem neuen Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der russischen Regierung zur Förderung der Russlanddeutschen in der Russischen Föderation. Dazu gehöre auch die im April erfolgte Gründung der neuen Assoziation „Kultur- und Geschäftszentrum der Russlanddeutschen in Kaliningrad“ durch die Selbstorganisation als wichtigen ersten Schritt hin zu einer nachhaltigen ethnokulturellen Arbeit der dortigen Angehörigen der deutschen Minderheit. Bundesbeauftragter Koschyk und Minister Barinow zeigten sich bei der Sitzung erfreut darüber, dass zeitgleich zur Regierungskommissionssitzung das zweite Kultur- und Geschäftsforum der Russlanddeutschen in den Räumen der Industrie- und Handelskammer in Bayreuth stattgefunden hatte. Das Programm habe dabei von 500 Jahren Reformation über deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen bis hin zu sozialem Engagement von Unternehmen gereicht. Koschyk stellte dabei auch besonders heraus, dass die Bundesregierung der historisch bedingten besonderen Verantwortung Deutschlands für die Russlanddeutschen in ihren Herkunftsgebieten auch künftig gerecht und diese im Rahmen des finanziell Möglichen weiterhin unterstützen werde. Er würdigte die hier seit mehr als 20 Jahren bestehende enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der russischen Regierung, auch wenn nicht immer Übereinstimmung in allen Fragen erzielt werden konnte und die gesamtpolitische Situation Verhandlungen mitunter erschwere. Beide Seiten versicherten, ihre Zusammenarbeit auch künftig im Interesse der gemeinsamen Verantwortung für die Russlanddeutschen fortsetzen zu wollen.

Ein Motiv, zwei Aufschriften

Neue Hinweisschilder entlang der A9

Für Goldkronach ist es eine unbezahlbare Werbung: Mindestens 90000 Autofahrer passieren täglich die neuen touristischen Hinweisschilder entlang der A9, die auf Alexander von Humboldt und die Goldbergbautradition hinweisen. Enthüllt haben die großformatigen Schilder im Mai die Graphikerin Andrea Wunderlich, Goldkronachs Bürgermeister Holger Bär, der Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk sowie Thomas Pfeifer von der Autobahndirektion Nordbayern und Jörg Stricker von der Autobahnmeisterei Trockau. Ein Kuriosum in der Geschichte der tou-

ristischen Hinweisschilder ist es, dass sie ganz bewusst je nach Fahrtrichtung unterschiedliche Aufschriften tragen. Während das Schild in Fahrtrichtung Norden die Aufschrift „Goldbergbau“ trägt, steht auf dem Schild in Richtung Süden auf Höhe der Schiefen Ebene der Name des Universalgelehrten „Alexander von Humboldt“. Er lebte und wirkte von 1792 bis 1795 rund drei Jahre lang in Fichtelgebirge und Frankenwald und verhalf den Goldbergbau zu einer letzten großen Blüte. Das Motiv auf den Schildern ist das Gleiche. Es zeigt den jungen Alexander von Humboldt in historischer Bergmannsuniform vor dem Eingang zum ehemaligen Bergwerk „Mittlerer Tagesstollen Name Gottes“ Die Idee eines solchen Schildes geht zurück auf die 650-Jahr-Feier von Goldkronach vor zwei Jahren. Damals konnte der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann dafür gewonnen werden. Verantwortlich für die graphische Gestaltung des Schildes war die Goldkronacher Künstlerin Andrea Wun-

derlich. Die Kosten für das Schild trägt die Stadt, wobei einige Unternehmen aus Goldkronach als Sponsoren aufgetreten waren. „Für unsere Stadt ist das Schild ein toller Empfang“, so Bär. Hartmut Koschyk als wesentlicher Mitinitiator begrüßte besonders, dass Goldkronach künftig so großartig beworben wird. Eine Reproduktion des Schildes soll künftig auch innerhalb von Goldkronach aufgestellt werden.

Ukrainische Gäste zu Besuch in Bayreuth

Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB empfängt ukrainische Delegation

Auf Anregung des Vorsitzenden des Rats der Deutschen in der Ukraine, Wladimir Leysle, besuchten die beiden Abgeordenten des Ukrainischen Parlaments ,(Rada) Ihor Huz und Oleksandr Chernenko, gemeinsam mit ihren Mitarbeitern Maryna Khromykh und Maksym Kaminskiy sowie der Programmverantwortlichen, Maryna Rudenko, im Rahmen des Projekts USAID „Rada" die Stadt Bayreuth, um sich im Wahlkreisbüro des Bayreuther Bundestagsabgeordneten und Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, über Struktur und Organisation der Arbeit eines Bundestagsabgeordneten in dessen Wahlkreis zu informieren. Vorsitzender Leysle begleitete persönlich die ukrainische Delegation bei ihrem Informationsbesuch in Bayreuth. Das Projekt USAID „Rada" hilft jungen Abgeordneten des ukrainischen Parlaments, das parlamentarische System besser zu verstehen und die besten Erfahrungen zu übernehmen, um ihre Arbeit in der Ukraine zu verbessern. Eins der Probleme, das „Rada" sich zu lösen bemüht, ist die Erhöhung der Arbeitseffizienz vom Büro der Mehrheitsabgeordneten eines Wahlkreises. Bundesbeauftragter Koschyk unterstützte nachhaltig den Aufenthalt der ukrainischen Abgeordneten und deren Delegation, zumal zwischen dem Bezirk Oberfranken und dem Oblast Transkarpatien im Westen der Ukraine eine enge Partnerschaft besteht. Im Frühjahr des Jahres 2000 traten Vertreter der katholischen Landvolkbewegung in der Erzdiözese Bamberg an den damaligen Bezirkstagspräsidenten Edgar Sitzmann heran, um ihn über ihre Verbindungen und Projekte in Transkarpatien, einer Region im Südwesten der Ukraine, in Kenntnis zu setzen. Verbunden mit dieser Vorstellung war die Bitte, im Bezirkstag von Oberfranken anzuregen, eine Partnerschaft mit dieser Region einzugehen. Der Hintergrund für diese Kontaktaufnahme reicht weit in das frühe 18. Jahrhundert zurück. Auf Geheiß des Fürstbischofs Friedrich Karl von Schönborn brach im Jahre 1731 der erste Zug von rund 50 oberfränkischen Bauern- und Handwerkerfamilien aus dem Hochstift Bamberg in das heutige Transkarpatien auf, um dort das von Kriegen verwüstete Land des Fürstbischofs aufzubauen. Heute leben die Nachkommen dieser sogenannten „Schönborn-Franken" in Transkarpatien und pflegen die deutsche Sprache und die Traditionen ihrer Vorfahren. Die verloren gegangenen Verbindungen zu den Nachkommen der fränkischen Siedler aus dem 18. Jahrhundert sollten belebt und gefestigt werden. Diese aus der Vergangenheit stammenden verbindenden Elemente zwischen den beiden Regionen gaben den Ausschlag für den Bezirkstag von Oberfranken, eine Partnerschaft mit dem Gebietsrat von Transkarpatien einzugehen. Im September 2001 wurde die Partnerschaftsurkunde zwischen dem Gebietsrat von Transkarpatien und dem Bezirkstag von Oberfranken in Ungwar (Uzhgorod) unterzeichnet. Die Gegenzeichnung wurde einen Monat später im Bezirksklinikum Obermain, Kutzenberg, vorgenommen. Ein weiterer Schritt war die Gründung eines Vereins „Partnerschaft Transkarpatien-Oberfranken", der unter dem Vorsitz des jeweiligen Bezirkstagspräsidenten steht. Die Gründungsversammlung fand am 27.11.2003 statt.

Bundesbeauftragter Koschyk MdB begrüßte die ukrainischen Abgeordneten und deren Delegation gleich nach deren Ankunft herzlich in seinem Bayreuther Bürgerbüro, berichtete über seine Arbeit als Bundestagsabgeordneter in seinem Wahlkreis Bayreuth-Forchheim und wies auf die historischen Verbindungen Oberfrankens mit Transkarpatien im Westen der Ukraine hin. Ganz besonders dankte Bundesbeauftragter Koschyk dem Vorsitzenden des Rats der Deutschen in der Ukraine, Wladimir Leysle, für dessen nachhaltige Unterstützung bei der Umsetzung des Projekts USAID „Rada". Der Bundeswahlkreisgeschäftsführer der CSU, Sebastian Machnitzke, und der Leiter des Berliner Bundestagsbüros von Hartmut Koschyk MdB, Thomas Konhäuser, informierten über Struktur und Organisation des Bayreuther Bürgerbüros und den regen Informationsfluss zwischen dem Bayreuther Bürgerbüro und dem Berliner Bundestagsbüro, im Dienste der politischen

Anliegen der Menschen in der Region. Im Rahmen des Informationsbesuches, tauschten sich die ukrainischen Abgeordneten und deren Delegation gemeinsam mit MdB Koschyk auch mit dem Bayreuther Landrat Hermann Hübner aus, um ausführlich über kommunalpolitische Fragestellungen zu informieren. Landrat Hübner ging nach einem kurzen Video über den Landkreis Bayreuth auf die Zusammensetzung des Kreistages Bayreuth und auf das Kommunalwahlgesetz ein. Er erläuterte die Einnahmemöglichkeiten des Landkreises und gab Informationen zur Kreisumlage. Neben allgemeinen Informationen über die Stellung des bayerischen Landrats und einer Vorstellung des Klinikums als einzigem Krankenhaus mit Maximalversorgung in Oberfranken und seinen mehr als 1000 Betten stellte er sich gemeinsam mit MdB Hartmut Koschyk den zahlreichen förder- und steuerspezifischen Fragen. Ein Thema waren EU-Fördermöglichkeiten. Dabei komme in der Regel die Finanzierung in Betracht, so der Bundespolitiker. Die Vorstellung des Elektromobilitätskonzeptes für den Landkreis Bayreuth schloss den Besuch im Bayreuther Dienstleistungszentrum ab. Erbenfalls fand im oberfränkischen Bezirkstag ein Treffen mit Bezirksdirektor Rudolf Burger statt. Bezirksdirektor Burger verwies auf die lebendige Verbindung des Bezirks Oberfranken mit dem Oblast Transkarpatien. Bezirksdirektor Burger berichtete, dass im August 2016 ein Treffen mit dem Oberbürgermeister von Mukatschevo stattfand, wo auch Möglichkeiten einer Fortentwicklung der Partnerschaft zwischen beiden Regionen eruiert wurden. Ebenfalls informierte Bezirksdirektor Burger ausführlich über die Strukturen, Aufgaben und Funktionen des Bezirkstags und der Bezirksverwaltung in Oberfranken. Besonders beeindruckt zeigte sich die ukrainische Delegation, wie umfassend doch die Aufgaben und finanziellen Zuwendungen des Bezirks Oberfranken im sozialen Bereich sind. Ebenfalls zeigte sich die ukrainische Delegation sehr interessiert an der politischen Dezentralisierung im Freistaat Bayern und wie diese auf lokaler Ebene umgesetzt wird. Ein großer Wunsch der beiden ukrainischen Abgeordneten war es, Mechanismen zu finden, um die Ukrainisch-Deutsche Partnerschaft auch auf regionaler Ebene langfristig weiterzuentwickeln. Am Ende des Gesprächs fand eine Führung durch das Gebäude des Bezirkstages und eine Besichtigung des Sitzungssaales statt. Zudem stand ein Treffen mit dem 2. Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth, Thomas Ebersberger, an. Bei dem Gespräch in der CSU-Bundeswahlkreisgeschäftsstelle Bayreuth ging es dabei um die Verwaltungsstruktur der Stadt Bayreuth, den Aufgabenbereich der jeweiligen Behörden, sowie die Funktion des Stadtrates. Im Rahmen einer Unternehmensbesichtigung des Übertragungsnetzbetreibers Tennet in Bayreuth, konnte sich die Ukrainische Delegation einen Einblick in die Hochspannungsnetzgesellschaft Deutschlands verschaffen. Herr Marius Strecker, zuständig für den Bereich Public Affairs, erklärte den Gästen aus der Ukraine in einer umfangreichen Präsentation die Notwendigkeit bzw. die Unterstützung der Politik hinsichtlich großer Projektvorhaben. Auch spiele das Thema Akzeptanz in der Bevölkerung eine immense Rolle. In der heutigen Zeit müsse der Fokus mehr und mehr auf dem Dialog zwischen großen Unternehmen und der Gesellschaft liegen, um ein optimales Ergebnis für beide Parteien zu erzielen. Die Ukrainische Delegation erkundigte sich zudem über die Nutzmöglichkeiten der erneuerbaren Energien und zeigte sich begeistert anhand des großen Potenzials. Ein weiterer wichtiger Besuch des RADA-Programms umfasste ein Treffen mit dem Direktor des International Office der Universität Bayreuth, Dr. Armin Heinemann und dem wissenschaftlichen Mitarbeiter von Prof. Hannah (Kulturgeographie) und Prof. Doevenspeck (Politische Geographie) , Nicolai Teufel. Nachdem Herr Teufel zunächst auf die akademische Kooperation zwischen der Universität Bayreuth und der ukrainischen Universität Lwiw einging, beschrieb Dr. Heinemann im Anschluss die Internationalisierungsstrategie der Universität Bayreuth. Diese Strategie fokussiert sich auf passende Partner weltweit und versucht eine höchstmögliche Forschungsschnittmenge zu finden, damit eine erfolgreiche Zusammenarbeit garantiert werden kann. Neben eigens geöffneten Auslandsbüros sei eine enge Absprache mit politischen Institutionen und Personen ausschlaggebend. Hier wären beispielsweise Auslandsvertretungen, Bundesdienste und Bundestagsabgeordnete zu nennen, so Dr. Heinemann. Die Delegation aus der Ukraine interessierte sich sehr für die internationalen Zusammenhänge und knüpfte bei dieser Gelegenheit gleich den Kontakt, um eine weitere Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Besuch in Berlin

Präsident der Wirtschaftsjunioren Bayreuth Florian Eagan zu Gast im Deutschen Bundestag

Im Rahmen des Projektes „Know-how-Transfer“ besuchte der diesjährige Präsident der Wirtschaftsjunioren Bayreuth und Servicecenter-Leiter der Gedikom GmbH in Bayreuth, einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), Florian Eagan, für eine Woche das Büro des Bayreuth-Forchheimer Bundestagsabgeordneten und Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk. Die Wirtschaftsjunioren Deutschland sind mit 10.000 Mitgliedern Deutschlands größter Verband junger Unternehmer und Führungskräfte. Der „Know-how-Transfer“ fand in diesem Jahr zum 23. Mal statt. Um die Abläufe der parlamentarischen Arbeit kennen zu lernen, nahm Herr Eagan in dieser Woche an einer Sitzung der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, einer Sitzung des

Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages teil und verfolgte eine Bundestagsdebatte von der Besuchertribüne des Plenarsaals im Reichstagsgebäude. Weiter standen Gespräche mit verschiedenen namhaften Persönlichkeiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf dem Programm. Höhepunkt der Woche in Berlin war schließlich das Zusammentreffen mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel an dem auch der Präsident der Bayreuther Wirtschaftsjunioren, Florian Eagan, teilnahm. Beim „Know-how-Transfer“ begleiten dieses Jahr über 200 Wirtschaftsjunioren Abgeordnete des Deutschen Bundestages eine Woche lang in ihrem politischen Alltag, so viele wie niemals zuvor. Dieser Erfahrungsaustausch hilft Parlamentariern und jungen Unternehmern, die gegenseitigen Positionen und ihre Hintergründe zu verstehen. Wirtschaftsjunior Florian Eagan: „Für mich war der Know-how Transfer eine persönliche wie berufliche Bereicherung. Gerade durch den arbeitsbezogenen Austausch und Gespräche, die mir durch Herrn Hartmut Koschyk MdB ermöglicht wurden, wurde mir deutlich vor Augen geführt. welche hervorragende Arbeit täglich auf politischer Bühne inhaltlich geleistet wird“.

Gesundheitsdienstleister aus Oberfranken

Seit zehn Jahren kommt medizinische Hilfe per Telefon aus Bayreuth

Seit März 2007 bietet die Gedikom GmbH, eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), professionelle, medizinische Dienstleistungen am Telefon an. Zum zehnjährigen Jubiläum kann das Bayreuther Unternehmen auf eine mehr als positive Entwicklung seiner telefonischen Vermittlungs- und Beratungsleistungen für die Gesundheitsbranche blicken: Mit 55 Mitarbeitern wurde vor 10 Jahren mit der Telefonie im ärztlichen Bereitschaftsdienst für die KVB begonnen. Nun ist durch das stetig ausgebaute Leistungsangebot die Marke von 300 Mitarbeitern bereits geknackt. Gedikom verkörpere die Zukunft und den modernen Dienstleistungsgedanken, sagte der Bayreuther Bundestagsabgeordnete, der dem Dienstleister einen Besuch abstattete. Koschyk bezeichnete Gedikom dabei als Vorzeigeunternehmen im Gesundheitssektor. Der Standort Bayreuth sei für die Personalakquise bestens geeignet, sagte Christian Hess, der die Gedikom von Anfang an als Geschäftsführer leitet. Grund dafür sei einerseits die Gesundheitsregion Bayreuth und die Gesundheitsökonomische Fakultät an der Universität und deren hohe fachliche und kompetente Qualität. Hess: „Für den Gesundheitsstandort Bayreuth ist die Gedikom ein starker Player“. Als Anforderungsprofil für zukünftiges Personal nannte Hess eine kaufmännische oder medizinische Ausbildung beziehungsweise ein Hochschulstudium. Sämtliche Mitarbeiter in den Bereichen Servicecenter und Bereitschaftspraxen haben einen medizinischen Hintergrund. Die medizinisch ausgebildeten Mitarbeiter des telefonischen Servicecenters vermitteln heute bundesweit ärztliche Bereitschaftsdienste unter der Rufnummer 116 117 und unterstützen damit Hilfesuchende außerhalb der Öffnungszeiten von Arztpraxen. Auch die Vermittlung von Mammographie-Screening-Terminen, von freien Psychotherapieplätzen und die kommunikative Unterstützung von Krankenkassen, Arztpraxen oder anderen Akteuren des Gesundheitswesens laufen im Bayreuther Servicecenter zusammen. „Tagtäglich helfen unsere Mitarbeiter hunderten, an Wochenenden oder Feiertagen sogar tausenden von Menschen in medizinischen Ausnahmesituationen. Im vergangen Jahr wurden in Bayreuth über 2,5 Millionen Telefonate geführt, so Geschäftsführer Hess (*Bild links*)

Kein Sonderopfer für die Landwirtschaft

BBV-Vertreter diskutierten mit CSU-Abgeordneten über geplante Stromtrasse

Die oberfränkischen Landwirte fordern beim Bau der geplanten HGÜ-Erdverkabelung eine Entschädigung für die Zerstörung und notwendige Wiederherstellung ihrer Ackerflächen und zusätzlich eine Pacht auf Dauer. Diese wiederkehrende Leistung soll dafür sein, dass der Bauer die Erdverkabelung auf seinem Acker mit allen damit verbundenen Einschränkungen dulden muss, sagte der oberfränkische BBV-Präsident Hermann Greif bei einem Gespräch mit den CSU-Bundestagsabgeordneten aus Oberfranken. Die geplante Stromtrasse stand im Mittelpunkt des Meinungsaustausches, schließlich seien die Landwirte in ihrem Eigentum stark betroffen, so Greif. Die HGÜ-Leitung (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung) werde landwirtschaftliche Flächen auf Jahrzehnte hinaus belasten. Durch die Erdverkabelung sei jede Bautätigkeit in dem betroffenen Korridor unmöglich, daneben gebe es aber auch viele offene Fragen, beispielsweise ob es überhaupt noch möglich ist, auf den betroffenen Flächen zu pflügen. Greif rechnet mit 30 bis 50 Meter breiten Korridoren, die Leitungen sollen rund zwei Meter tief in die Erde eingegraben werden. Für den Bauernverbandsvorschlag einer Art Pacht auf Dauer sprach sich auch der Bayreuther Abgeordnete Hartmut Koschyk aus. Sowohl bei der CSU-Landesgruppe als auch bei der Bayerischen Staatsregierung genieße der Vorschlag große Sympathie, sagte Koschyk. Im Hinblick auf die gesamte Investitionssumme dürften die wiederkehrenden Leistungen ohnehin wenig ins Gewicht fallen. Er forderte außerdem andere Ausgleichsflächenregelungen, als sie beim Straßenbau praktiziert werden, weil ja keine Flächenversiegelung stattfinde.

Verabschiedung

Langjähriger drv-Präsident Manfred Nüssel verabschiedet sich

Zur Verabschiedung des langjährigen DRV-Präsidenten Manfred Nüssel am 30. Juni 2017 kamen rund 250 geladene Gäste aus Politik Wirtschaft und der Genossenschafts-Organisation ins DZ BANK-Gebäude am Pariser Platz. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel würdigte in einer sehr persönlichen Rede die Leistung und das Engagement Manfred Nüssels, der 18 Jahre als Präsident des DRV amtierte. Die Bundeskanzlerin dankte ihm für seinen Weitblick und Mut, „große Richtungsentscheidungen“ zu treffen, die manches Mal auch auf Widerstände stießen. Der Einsatz des Präsidenten habe maßgeblich dazu beigetragen, […] „dass die genossenschaftlichen Unternehmen und der Raiffeisenverband das sind, was sie sind: Ernstzunehmende Größen auf den nationalen und internationalen Agrarmärkten sowie gefragte Gesprächspartner für die Politik auf allen Ebenen“. Mit seinem großartigen Einsatz im genossenschaftlichen Bereich seit Ende der 70er Jahre und als Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, aber auch als Aufsichtsratsvorsitzender der Volksbank-Raiffeisenbank Bayreuth eG, als Vorsitzender des Aufsichtsrats der BayWa AG, als Gemeinderat der ehemaligen Gemeinde Rimlas, als Stadtrat von Bad Berneck und als Kreisrat des Landkreises Bayreuth, als Landesvorsitzender der Bayerischen Jungbauernschaft, als Verwaltungsratsvorsitzender der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, als Vorsitzender des Ernährungs- und Agrarausschuss des Wirtschafts-Beirates Bayern, als Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesell-

schaft sowie als Vorsitzender des Fördervereins der Forschungsstelle für deutsches und europäisches Lebensmittelrecht an der Universität Bayreuth, habe sich Manfred Nüssel große Verdienste erworben.

Die Tatsache, mit wie viel Herzblut und Leidenschaft sich Manfred Nüssel ebenso für die Belange seiner oberfränkischen Heimat und bäuerlichen Landwirtschaft einsetzte, hebe nochmals die Bedeutung und das Schaffen seiner Person als Förderer der Region hervor, so Koschyk.

Imkerlehrgang in Büchenbach

MdL Brendel-Fischer und MdB Koschyk unterstützen die Bienenzucht

Die Bayreuther Landtagabgeordnete Gudrun Brendel-Fischer und der Bayreuth-Forchheimer Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk haben gemeinsam am Bienenlehrstand in Büchenbach an einem Anfängerlehrgang mit praktischen Arbeiten teilgenommen. Angeboten wurde der Lehrgang vom Bayerischen Landesamt für Weinbau und Gartenbau in Zusammenarbeit mit dem Imkerverein Creußen und Umgebung e.V., dessen Vorsitzender Anton Herzing ist. Barbara Bartsch, staatliche Fachberaterin für Bienenzucht für den Regierungsbezirk Oberfranken leitete gemeinsam mit Vorsitzendem Anton Herzing den Lehrgang und informierte dabei auch über die wichtige Funktion, die Bienenvölker im Kreislauf der Natur und für die Umwelt leisten. Um die Bienenzucht zu unterstützen, sind MdL Brendel-Fischer und MdB Koschyk dem Imkerverein Creußen und Umgebung e. V. beigetreten und haben die Patenschaft für jeweils ein Bienenvolk in deren Privatgärten übernommen. Imker- und Ansprechpartner ist der Vorsitzende des Imkervereins, Anton Herzing. Der Imkerverein Creußen und Umgebung e.V. ist Ansprechpartner und Begleiter in allen Belangen, die die Imkerei und die imkerliche Schulung betreffen. Darüber hinaus steht der Verein aber auch bei Fragen zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Artenvielfalt in unserer Kulturlandschaft zur Verfügung. Eine artenreiche Vegetation versorgt unsere Honigbienen nicht nur mit einem optimalen Futterangebot, sondern stellt für sie auch eine „Grüne Apotheke“ dar. Im Verein wird eine hervorragende Jugendarbeit geleistet. Im Januar dieses Jahres überreichte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner an Anton Herzing und seine Frau Maria den mit 1.000 Euro dotierten und erstmals verliehenen Preis für vorbildliche Imker-Nachwuchsarbeit. Die vorbildliche Nachwuchsarbeit kam bei dem Imkergrundkurs, an dem Brendel-Fischer MdL und Koschyk MdB teilnahmen, sichtbar durch die große Anzahl an jugendlichen Teilnehmern zum Ausdruck. Gemeinsam zeigte man sich beeindruckt von der Kompetenz, aber auch der hohen pädagogischen Qualität, mit der Frau Bartsch den Kurs am Lehrbienenstand in Büchenbach durchführte und dazu ermutigte sich der Imkerei zuzuwenden.

Haushaltsentwurf 2018

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik

Die Bundesregierung hat zusätzliche Aufgaben gemeistert, ohne neue Schulden aufnehmen zu müssen. Und sie hat Schluss gemacht mit der Schuldenspirale. „Wir haben keine neuen Schulden gemacht und die richtigen Schwerpunkte in Zukunftsinvestitionen, Bildung und Sicherheit gesetzt“, erklärte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Dieser Kurs werde fortgesetzt. Wie in den drei Jahren zuvor kämen auch der Bundeshaushalt 2018 und die Finanzplanung des Bundes bis 2021 ohne neue Schulden aus. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote wird voraussichtlich im Jahr 2020 wieder unter die Maastricht-Obergrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sinken. Die Bundesregierung unterstellt hierfür ein weiterhin moderates Wirtschaftswachstum. Ein Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung steht nicht im Widerspruch zu einer gestaltenden und zukunftsorientierten Politik. Die unionsgeführte Bundesregierung hat gezielt Impulse gesetzt – zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft sowie für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. Gleichzeitig hat der Bund die Länder und Kommunen in Milliardenhöhe entlastet. Der Haushaltsentwurf 2018 sieht Ausgaben in Höhe von 337,5 Milliarden Euro vor. Damit steigt er gegenüber 2017 um 2,6 Prozent. Der Entwurf spiegelt die zahlreichen haushaltswirksamen Maßnahmen dieser Legislaturperiode wider. Hierzu gehören vor allem die sozialpolitischen Maßnahmen wie die Erhöhung des Wohngeldes, das Elterngeld-Plus mit Partnerschaftsbonus, das Rentenpaket und die Ost-West-Rentenangleichung. Bundesminister Schäuble wies ausdrücklich darauf hin, dass „der Anteil an den Sozialausgaben über 50 Prozent des Bundeshaushalts ausmache“. Allein der Rentenzuschuss betrage 94 Milliarden Euro. Aus Respekt vor den Wahlen im September und einem dann veränderten Mehrheitsverhältnis setze der Entwurf nur begrenzt neue Akzente. Der Haushaltsentwurf wird Bundestag und Bundesrat am 11. August, beziehungsweise 22. September zugeleitet. Aufgrund des Endes der Legislaturperiode wird dieser Regierungsentwurf jedoch nicht mehr vom Bundestag beschlossen. Er unterliegt damit der Diskontinuität. In der neuen Legislaturperiode wird erneut ein Regierungsentwurf beschlossen.

Minderheitenpolitik / "Minority Safepack"

Bundestag beschließt einstimmig Antrag

Der Deutsche Bundestag hat am 2. Juni 2017 einstimmig mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke den Antrag „25 Jahre Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen – Gemeinsamer Auftrag" beschlossen. Neben dem Präsidenten der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), Loránt Vincze und Vertretern des Minderheitensekretariats nahmen Vertreter aller vier anerkannten autochthonen nationalen Minderheiten in Deutschland (Dänen, Friesen, deutschen Sinti und Roma, Sorben) sowie der Regionalsprache Niederdeutsch auf der Besuchertribüne des Plenarsaals an der Debatte teil. Die Redner aller Fraktionen erinnerten daran, dass sich Deutschland mit der Unterzeichnung der Charta des Europarates und ihrer Ratifizierung im Jahr 1998 dazu verpflichtet habe, Minderheiten- und Regionalsprachen zu schützen und zu fördern. Die Abgeordneten nutzten die Debatte, um große Teile ihrer Reden in ihren regionalen Sprachen und Dialekten zu halten. Das Thema eigne sich nicht für Parteienstreit, mahnte Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB. Deshalb freue er sich darüber, dass alle Fraktionen dem Antrag zustimmen. Zwar seien hauptsächlich die Bundesländer für den Schutz und die Förderung der Minderheiten- und Regionalsprachen zuständig, aber auch der Bund stehe in der Pflicht. Im Rahmen seiner Rede im Deutschen Bundestag warb Bundesbeauftragter Koschyk bei seinen Abgeordnetenkollegen um Unterstützung für den Antrag zur Stärkung der Minderheitensprachen. Gleichzeitig verwies er auf die Europäische Bürgerinitiative „Minority SafePack", die auf eine gemeinsame Initiative der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), der Südtiroler Volkspartei, der Demokratischen Allianz der Ungarn in Rumänien und der Jugend

Europäischer Nationalitäten zurückgeht, und deren Ziel es ist, minderheitenrechtliche Mindeststandards auch im Gemeinschaftsrecht der Europäischen Union festzuschreiben. Koschyk erklärte, dass er heute die Unterstützungsbekundung für die europäische Bürgerinitiative „Minority SafePack – eine Million Unterschriften für die Vielfalt Europas" unterzeichnet habe.

Ein letztes Mal

Hartmut Koschyks letzte rede im Deutschen Bundestag

„Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir heute einen Antrag beraten, der eine breite Mehrheit im Deutschen Bundestag genießt, der von den Koalitionsfraktionen eingebracht worden ist und der auch die Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen findet. Wir haben in dieser Woche bei dem traditionel¬len Gespräch zwischen den autochthonen Minderheiten in Deutschland und der Sprechergruppe der Niederdeut¬schen mit dem Innenausschuss unter Vorsitz von Herrn Kollegen Heveling auch Zustimmung der Fraktion Die Linke angekündigt bekommen. Es ist gut, dass Minderheitenpolitik in Deutschland für die vier autochthonen Minderheiten und die Sprecher¬gruppe der Niederdeutschen kein Thema von Partei¬enstreit ist. Es ist schön, Frau Präsidentin – ich sage das sicher auch mit Ihrer Genehmigung –, dass es Bundestagsver¬waltung und alle Fraktionen im Bundestag ermöglicht haben, dass heute Vertreter aller autochthonen Minder¬heiten in Deutschland, der Sprechergruppe der Nieder¬deutschen und der europäischen Dachorganisation im Bereich der Minderheitenpolitik, der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten, von der Besuchertri¬büne des Deutschen Bundestages diese Debatte verfol¬gen können.Das ist gelebte politische Partizipation von Minderheiten in Deutschland im Hinblick auf die für sie zu führenden Debatten. Aufhänger für unseren heutigen Antrag und die De¬batte ist der 25. Jahrestag der Verabschiedung der Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, die auf der Ebene des Europarates vor 25 Jahren zur Zeichnung auf¬gelegt worden ist.25 Mitgliedstaaten des Europarates haben die Charta inzwischen ratifiziert. Die Bundesrepu¬blik Deutschland gehörte zu den Ländern, die sie ganz schnell gezeichnet und ratifiziert haben. Diese Charta bildet gemeinsam mit dem Rahmenübereinkom-

men zum Schutz nationaler Minderheiten das wichtigste Werte-und Rechtsgerüst zum Schutz autochthoner Minderhei¬ten und ihrer Sprachen in Europa. In dem Antrag, den wir heute dem Deutschen Bundes¬tag zur Befassung vorlegen, ist formuliert, was im Be¬reich der Minderheitenpolitik in Deutschland in diesen 25 Jahren und davor erreicht wurde.Aber – und dafür bin ich sehr dankbar – wir ruhen uns auf dem Erreichten nicht aus, sondern wir formulieren Aufträge für die Zu¬kunft; denn in der Minderheitenpolitik – jeder, der sich damit beschäftigt, weiß das – ist Stillstand Rückschritt.Wir müssen deshalb die Erfordernisse eines modernen Minderheitenrechts immer an die Erfordernisse der mo¬dernen Lebenswirklichkeit anpassen. Als wir in dieser Woche mit dem beratenden Aus¬schuss für die Angelegenheiten des sorbischen Volkes die aktuellen Anliegen des sorbischen Volkes diskutiert haben, ist uns allen, den Kolleginnen und Kollegen im Bundestag und den Länder vertretern, von den Vertretern des sorbischen Volkes sehr plastisch deutlich gemacht worden, dass die Veränderungen in der Wirtschafts- und Infrastruktur wie die Veränderungen beim Braunkohle¬abbau in den Hauptwohngebieten des sorbischen Volkes in Brandenburg große Auswirkungen auf die Zukunfts¬chancen der jungen Generation dort haben. Wenn ich mir die Situation unserer vier autochthonen Minderheiten und der Sprechergruppe der Niederdeut¬schen anschaue, muss ich sagen: Wir haben viel erreicht; aber es bleibt auch in Zukunft noch viel zu tun. Ich danke vor allen Dingen den Kolleginnen und Kol¬legen des Deutschen Bundestages, die in den beratenden Ausschüssen für die Dänen, für die Sorben, für die Frie¬sen, für die Sinti und Roma und für die Sprechergruppe der Niederdeutschen engagierte Parlamentsarbeit leisten.Ich danke dem Parlament, dass es in den letzten Jahren die Ansätze in den verschiedenen Haushalten für die autochthonen Minderheiten und die Sprechergruppe der Niederdeutschen über die jeweiligen Regierungsansätze hinaus erhöht hat.Es ist gut für die Minderheitenpolitik, Rückenwind aus dem Parlament und keinen Gegenwind zu bekommen. Bei den Themen, die vor uns liegen, brauchen wir die Unterstützung des Bundestages.Wir müssen aber auch eng mit unseren Bundesländern zusammenarbeiten; denn die Verpflichtungen, die Deutschland eingegangen ist, sind in unserem föderalen Staatsaufbau Verpflichtungen, die Bund und Länder gemeinsam er füllen müssen.Ich will nicht verhehlen, dass es da auch Sorgen gibt – Sor-gen, die wir versuchen müssen im Bundestag anzugehen, Sorgen, die wir gemeinsam mit den Ländern angehen müssen. Ich finde es sehr gut, dass die beiden innenpolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen in einer Anhörung deutlich gemacht haben – dafür danke ich Stephan Mayer und Burkhard Lischka –, dass es gute Gründe gibt, beim Deutschen Bundestag auch ein Expertenkomitee für Fra¬gen des Antiziganismus einzurichten.Es wäre gut, wenn aus dem Deutschen Bundestag heraus eine Willenserklä¬rung erfolgen würde, dass eine solche Kommission, die auch von allen autochthonen Minderheiten im Minder¬heitenrat unterstützt wird, in der nächsten Legislaturperi¬ode beim Deutschen Bundestag eingerichtet wird. Ich will auch die Sorge nicht verhehlen – wir hören zwar gute Worte –, ob die Länder Niedersachsen, Bre¬men, Hamburg und Schleswig-Holstein, nachdem sie dem Institut für niederdeutsche Sprache quasi die Auf¬lösung anheimgestellt haben, etwas Gutes und Zukunfts-weisendes für die künftige Beschäftigung mit der nieder¬deutschen Sprache errichten wollen. Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.Es wird auch eine Aufgabe des Bundestages sein, dies zu begleiten. Auf Bundesebene werden wir übrigens sicherstellen, dass für den Bundesrat für Niederdeutsch wie für die an¬erkannten Minderheiten ein Minderheitensekretariat, ein Sekretariat für die niederdeutsche Sprache, geschaffen wird. Haushaltsmäßig haben wir schon vorgesorgt.Ich meine, es macht Sinn, dass dieses Sekretariat wie das Minderheitensekretariat in Berlin angesiedelt wird. Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, möch¬te ich Sie bitten, eine Initiative zu unterstützen, die ech¬ten europäischen Bürgersinn zum Ausdruck bringt: das Minderheitenschutzpaket.Dieses wurde im Hinblick auf die Registrierung der Europäischen Bürgerinitiative für die Minderheiten in Europa ein Stück weit gegen den Willen der Kommission durchgesetzt. Die vergangene Kommission hat sie nicht zugelassen. Daraufhin haben die Initiatoren erfolgreich vor dem EuGH geklagt. Die jetzige Kommission hat sie zugelassen. Ich habe heute früh das Maßnahmenpaket der Euro¬päischen Bürgerinitiative für mehr Minderheitenschutz in Europa unterzeichnet.Ich lade alle Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages ein, es mir gleich¬zutun.Damit setzen wir das Signal, dass wir mehr und besseren Minderheitenschutz in Europa wollen als eine der besten Formen von Friedens-, Versöhnungs- und Verständigungspolitik. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass Parlament, Regierung, Bund und Länder, aber auch Zivilgesellschaft in Deutschland auch in Zukunft gute Minderheitenpolitik für die Minderheiten in unserem Land, aber auch in Eu¬ropa leisten. Herzlichen Dank."

Bayerische Landesvertretung

Beratender Ausschuss für Fragen der deutschen Sinti und Roma

In der Vertretung des Freistaats Bayern beim Bund in Berlin kam der „Beratende Ausschuss für Fragen der deutschen Sinti und Roma beim Bundesministerium des Innern“ unter Leitung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, am 27. Juni 2017 zu seiner 3. Sitzung zusammen. Der Beratende Ausschuss hat die Aufgabe, alle die deutschen Sinti und die deutschen Roma betreffenden Fragen der Bundespolitik zu erörtern. Die konstituierende Sitzung des „Beratenden Ausschusses für Fragen der deutschen Sinti und Roma beim Bundesministerium des Innern“ fand im März 2015 im Beisein von Bundesinnenminister Thomas de Maizière MdB in Berlin statt. Das Kontaktgremium wurde zu Beginn der Wahlperiode auf Bestreben des Bundesbeauftragten Koschyk und den führenden Verbänden der deutschen Sinti und Roma eingerichtet. Es ermöglicht der Minderheit den regelmäßigen Austausch mit der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und den Landesregierungen und bietet damit die Chance, auf der Basis des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen gemeinsame Lösungen für die besonderen, auch historisch-politisch bedingten Fragestellungen zu finden. Dem Ausschuss gehören zwei Vertreter des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, zwei Vertreter der Sinti Allianz Deutschland e.V., ein Vertreter des Minderheitensekretariats und darüber hinaus Vertreter des Bundesministeriums des Innern, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und der Regierungen aller Bundesländer an. Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Vertreter weiterer mit den Anliegen der deutschen Roma und Sinti befassten Bundesministerien können zu den Sitzungen eingeladen werden.

Der Bevollmächtigte des Freistaates Bayern beim Bund, Dr. Rolf-Dieter Jungk, begrüßte als Hausherr die Mitglieder des Beratenden Ausschusses und übermittelte auch die Grüße des Bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Er bekräftigte, dass der Bayerischen Staatsregierung die Anliegen der nationalen Minderheit der deutschen Sinti und Roma im Freistaat sehr am Herzen liegen. Sie stehe hierbei mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Bayern e. V. in einem guten und vertrauensvollen Kontakt. Es werde besonderen Wert darauf gelegt, Stereotype abzubauen und gemeinsam gegen Antiziganismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus zusammenzuwirken.

Gedenkstunde am dritten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Rumänischer Staatspräsident Johannis hält Gedenkansprache

In Berlin wurde am 20. Juni 2017 zum dritten Mal der nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung begangen. Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, hat an der Gedenkstunde teilgenommen und wurde von 50 Vertretern der deutschen Minderheiten einschließlich junger Führungskräfte aus ganz Europa und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion begleitet. Eröffnet wurde die Gedenkstunde vom Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière MdB, der zur Gedenkstunde in den Schlüterhof eingeladen hatte. Die Hauptansprache hielt der Staatspräsident von Rumänien, Klaus Werner Johannis, der Angehöriger der deutschen Minderheit in seinem Land ist. Präsident Johannis erinnerte besonders an das Leid der Deutschen im östlichen Europa, die unabhängig von einer konkreten Schuld im und während des Zweiten Weltkriegs zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert worden sind. Mit Staatspräsident Johannis hat zum ersten Mal ein ausländisches Staatsoberhaupt die Ansprache im Rahmen der Gedenkstunde für die Opfer von Flucht und Vertreibung gehalten. Für ein geistliches Grußwort war Erzbischof Dietrich Brauer, Oberhaupt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russ

land und Angehöriger der deutschen Minderheit nach Berlin gekommen. Dr. Ghifar Taher Agha, ein anerkannter syrischer Flüchtling berichtete von seinem Schicksal, seiner Heimat, seiner Flucht und seinem Leben in Deutschland. Not und Perspektivlosigkeit hätten ihn 2014 dazu bewogen, mit seiner Familie in die Türkei zu fliehen. Schließlich musste er sich im März 2015 allein auf den Weg nach Deutschland machen. Fast ein Jahr später durfte er seine Familie nachholen. Ab dem 1. Juli 2017 werde er als Arzt in der St.-Hedwig-Fachklinik in Illingen arbeiten. „Vielleicht ist Heimat gar nicht der Ort, an dem wir geboren wurden, sondern wo sich unser Herz zu Hause fühlt", so Dr. Agha und dankte Deutschland und allen Menschen, die ihn und seine Familie so herzlich aufgenommen und unterstützt haben. *(Bild: Der rumänische Botschafter Emil Hurezeanu, der rumänische Staatspräsident S.E. Klaus Johannis und Hartmut Koschyk MdB)*

Sitzung des Spätaussiedlerbeirats

Bundesinnenminister de Maiziere würdigt die Arbeit von Bundesbeauftragten Koschyk

Unter Leitung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, fand die 18. Sitzung des Beirates für Spätaussiedlerfragen im Bundesministerium des Innern statt. Der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, nutzte die letzte Sitzung unter dem Vorsitz von Bundesbeauftragtem Hartmut Koschyk, um ihm für seine Arbeit zu danken. Bundesinnenminister de Maizière würdigte vor allem die große Empathie, die Bundesbeauftragter Koschyk den nach Deutschland kommenden und hier lebenden Spätaussiedlern und Vertriebenen, aber auch den autochthonen Minderheiten in Deutschland sowie den Deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa, entgegenbringe. Ein besonderes Augenmerk legte Bundesinnenminister de Maizière dabei auch auf den Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung, der von der Bundesregierung 2015 beschlossen wurde und jährlich am 20. Juni begangen wird: Bundesbeauftragter Koschyk habe sich mit großem persönlichem Einsatz für die Einführung dieses Gedenktages eingesetzt. Im November 2015 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, das Schicksal der ehemaligen deutschen zivilen Zwangsarbeiter mit einer einmaligen Anerkennungsleistung zu würdigen. Seither sind über 23.000 Anträge beim Bundesverwaltungsamt eingegangen. Bundesbeauftragter Koschyk betonte die hohe Signalwirkung: „In vielen Gesprächen wurde deutlich, dass es den Betroffenen nicht auf die Höhe der Entschädigungsleistung von 2.500 Euro ankommt, sondern vielmehr darum geht, dass die Bundesregierung das persönliche Schicksal nach so langer Zeit würdigt. Ich bin sehr froh und dankbar, dass wir für die Anerkennungsrichtlinie gekämpft und dass diese beschlossen wurde." Mit der Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes im Jahr 2013 ist der Zuzug von Spätaussiedlern und deren Familienangehörigen kontinuierlich gestiegen. Zum Stand des Aufnahmeverfahrens und der Situation in Friedland, insbesondere zu Bettenkapazitäten und einer nicht mehr erforderlichen Anmietung von Hotelzimmern, berichteten die Vertreter des Bundesverwaltungsamtes. Über das „mBook" russlanddeutscher Kulturgeschichte informierte Dr. Ventzke vom Institut für digitales Lernen, der als Gast an der Beiratssitzung teilnahm. Mit Video, Bild und Textbeiträgen wird russlanddeutsche Geschichte anschaulich und mit viel Detailliebe vermittelt. Auf der Leipziger Buchmesse wurde das mBook vom Georg Eckert Institut für internationale Schulbuchforschung der Kultusministerkonferenz und der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) mit dem Preis des „Ersten digitalen Schulbuches des Jahres" ausgezeichnet. Das digitale Lehrwerk war vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit dem Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold erarbeitet worden.

Kirchliches Wirken

Koschyk unterstützt Aussiedlerseelsorge und Integrationsbeirat

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, hat in Berlin Vertreter der katholischen und evangelischen Aussiedlerseelsorge zu einem Informations- und Gedankenaustausch empfangen. Über die vielfältigen Formen der Aussiedlerseelsorge und der Integrationsarbeit für Deutsche aus Russland und den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion informierten der Vorsitzende der Konferenz der Aussiedlerseelsorge der Evangelischen Kirche in Deutschland, Diakon Reinhard Schott, der Präses bzw. der Vorsitzende des katholischen Sankt Clemens-Werkes, Monsignore Dr. Alexander Hoffmann und Joseph Messmer, sowie der Referent bei der Deutschen Bischofskonferenz Michael Bender. An dem Gespräch nahmen auch die Vizepräsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Dr. Uta Dauke, sowie weitere Mitarbeiter des Bundesministeriums des Innern und des BAMF teil. Die Aussiedlerseelsorge der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für die Integration von Aussiedlern wurde 1977 mit der Einrichtung der Konferenz für Aussiedlerseelsorge in der heutigen Form institutionalisiert. Konferenzvorsitzender Diakon Reinhard Schott konstatierte, dass die wirtschaftliche Integration der Deutschen aus Russland zu 80 bis 90 Prozent gelungen sei, aber nach wie vor ein Nachholbedarf bei der gesellschaftlichen und politischen Integration bestünde. Bundesbeauftragter Koschyk verwies in diesem Zusammenhang auf die von ihm initiierte Integrationsfachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung, die Ende März 2017 in Berlin stattfand, auf der insbesondere auch Fragen der politischen Teilhabe von Deutschen aus Russland sowie auch russischsprachigen Zuwanderern aus der früheren Sowjetunion ausgiebig erörtert worden sind. Bundesbeauftragter Koschyk zeigte sich tief beeindruckt von der Aussiedlerseelsorge und den umfangreichen Aktivitäten der evangelischen und katholischen Kirche auf dem Gebiet der Integration und Beheimatung von Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion. Die Bundesregierung halte hier den Beitrag der Kirchen für unverzichtbar. Bundesbeauftragter Koschyk hat deshalb auch die kirchliche Aussiedlerseelsorge auf die Tagesordnung für die von ihm zu leitende Sitzung des Beirats für Spätaussiedlerangelegenheiten am 27. Juni 2017 gesetzt.

Bundeskanzleramt

Kulturstaatsministerin Prof. Grütters empfängt AGDM

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Staatsministerin Prof. Monika Grütters MdB, empfing im Bundeskanzleramt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in Europa. An dem Gespräch nahm auch der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, teil. Staatsministerin Prof. Grütters berichtete, welchen nachhaltigen Eindruck letztes Jahr der Besuch der Stadt Breslau / Wrocław, auch als damalige Kulturhauptstadt Europas, sowie ihre dortige Begegnung mit der deutschen Minderheit in Polen auf sie gemacht habe. Die deutschen und anderen nationalen Minderheiten spielten für die Einigung Europas eine ganz entscheidende Rolle. Der Umgang der Nationalstaaten mit ihren nationalen Minderheiten sei der „Lackmus-Test“ für die Europäische Einigung, ohne Respekt vor ihnen sei ein dauerhafter Frieden nicht vorstellbar. Zudem böten die nationalen Minderheiten wichtige Bezugspunkte für eine gemeinsame europäische Identität. Die Kulturbeauftragte der Bundesregierung stellte vor den Vertreterinnen und Vertretern deutscher Minderheiten Grundzüge der im Februar 2016 vom Bundeskabinett verabschiedeten Weiterentwicklung der Konzeption zur Erforschung, Bewahrung, Präsentation und Vermittlung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) vor und verwies ergänzend auf den im Juni 2017 ebenfalls vom Bundeskabinett verabschiedeten Bericht der Bundesregierung über die Förderung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG in den Jahren 2015 und 2016 hin. Die deutschen Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion würden in der neuen Förderkonzeption und -praxis als Träger deutscher Kultur im östlichen Europa verstärkt berücksichtigt.

AGDM

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten zu Gast bei Bundestagspräsident Lammert

Auf Vermittlung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, sind die Teilnehmer der 26. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) im Deutschen Bundestag mit Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert zu einem Gedanken- und Informationsaustausch zusammengetroffen. Bundestagspräsident Lammert begrüßte die Vertreter der deutschen Minderheiten im Deutschen Bundestag. Er betonte die Wichtigkeit und Vielfalt der deutschen Minderheiten in Europa und den GUS-Staaten. Bundestagspräsident Lammert brachte die Verbundenheit des Deutschen Bundestages zum Ausdruck, was nicht zuletzt durch die im parlamentarischen Verfahren bewilligten Haushaltsmittel in den letzten Jahren deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Bundestagspräsident Lammert ermutigte die Minderheitenvertreter, auch in der neuen Legislaturperiode einen engen Austausch mit den Parlamentariern zu suchen. Die Minderheitenvertreter hatten die Gelegenheit, Bundestagspräsident Lammert ihre Arbeit und ihre Bedeutung für die bilateralen Beziehungen der einzelnen Länder mit Deutschland und ganz Europa vorzustellen.

Karpatendeutsche Landsmannschaft

Verleihung der Goldene Ehrennadel

Auf Einladung des Botschafters der Slowakischen Republik, S. E. Peter Lizák, fand am zweiten Abend der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) ein Empfang in der slowakischen Botschaft, Berlin, statt. Eine besondere Ehre war es für die Vertreter der deutschen Minderheiten, insbesondere der deutschen Minderheit in der Slowa-

kei, dass der Minderheitenbeauftragte der Slowakischen Republik, László Bukovszky, angereist und auch am Abendempfang teilgenommen hat. In seinem Grußwort hob Bukovszky die Bedeutung der deutschen Minderheit in der Slowakei, deren Mehrwert für die Gesellschaft und grenzüberschreitende Wirkung besonders hervor. Der Slowakische Minderheitenbeauftragte Bukovszky hatte erst vor kurzem Deutschland besucht und war in Berlin mit Bundesbeauftragtem Koschyk zu einem ausführlichen Meinungs- und Informationsaustausch zusammengetroffen. Nach den Grußworten des FUEN-Präsidenten Loránt Vincze und des AGDM-Sprechers, Bernard Gaida, die ihren herzlichen Dank für den Empfang aussprachen und auf die gute Entwicklung der FUEN und der AGDM eingingen, präsentierte der Vorsitzende des Karpatendeutschen Vereins in der Slowakei, Dr. Ondrej Pöss, eindrucksvoll die Entwicklung und Arbeit der deutschen Minderheit in der Slowakei. Im Rahmen des Empfangs wurde Bundesbeauftragtem Koschyk durch die Bundesvorsitzende Brunhilde Reitmeier-Zwick die höchste Auszeichnung der Karpatendeutschen Landsmannschaft Slowakei e. V. verliehen: Die Goldene Ehrennadel! Bundesbeauftragter Koschyk: „Für mich ist es eine große Ehre und ich danke sehr für diese Auszeichnung. Mir ist es sehr wichtig, in diesem Zusammenhang die gute Zusammenarbeit zwischen der deutschen Minderheit in der Slowakei und der

Landsmannschaft der Karpatendeutschen hervorzuheben. Dass Sie hier gemeinsam stehen, liebe Frau Reitmeier-Zwick und lieber Herr Dr. Pöss belegt dies eindrucksvoll. Ich wünsche Ihnen weiterhin für Ihre wertvolle Arbeit alles Gute, Kraft und Zusammenhalt. Ich werde der deutschen Minderheit in der Slowakei und der Landsmannschaft der Karpatendeutschen weiterhin eng verbunden bleiben und diese Auszeichnung in Ehren halten."

Banater Heimattage in Temeswar / Preisverleihung

Höchste Auszeichnung des DFBD an Hartmut Koschyk

Die Heimattage der Deutschen im Banat werden alle zwei Jahre – abwechselnd mit dem Treffen der Banater Schwaben in Ulm – in Temeswar organisiert. Orga nisatoren sind das Demokratische Forum der Deutschen im Banat und das Deutsche Forum der Banater Jugend. Bundesbeauftragter Koschyk wurde im Rahmen der Heimattage mit der höchsten Auszeichnung des Demokratischen Forums der Deutschen im Banat (DFDB), der „Ehrennadel in Gold" ausgezeichnet. Die Ehrennadel in Gold wird zu besonderen Anlässen und für besondere Verdienste vom Vorstand des DFDB verliehen. Bei den diesjährigen Banater Heimattagen überbrachte Koschyk auch die Grüße der Bundesregierung.

Sudetendeutsche Landsmanschaft

Verleihung des Menschenrechtspreises

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, erhielt am 03. Juni 2017 den Menschenrechtspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Rahmen des 68. Sudetendeutschen Tags in Augsburg. Die Auszeichnung wurde 2001 zum ersten Mal an Emilie Schindler, die Witwe des Retters etwa 1200 jüdischer Menschen Oscar Schindler („Schindlers Liste"). Weitere Preisträger sind der Präsident der Gesellschaft für bedrohte Völker International Tilman Zülch (2003), der US-amerikanische Völkerrechtler Prof. Dr. Alfred-Maurice de Zayas (2004), der tschechische Dokumentarfilmer David Vondráček (2013) sowie der Historiker Prof. Dr. Manfred Kittel (2015). Der Menschenrechtspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft wird nicht nach einem festen Turnus verliehen. In der Begründung der Sudetendeutschen Landsmannschaft für seine Einrichtung des Preises im Jahr 2001 und für die erstmalige Verleihung an Emilie Schindler heißt es: „Unsere Volksgruppe hat es sich am Beginn des 21. Jahrhunderts zum Ziel gesetzt, nicht nur für ihr eigenes verletztes Menschenrecht einzutreten und für die Beseitigung von Unrecht, das nach wie vor andauert, sondern sie hat es sich zum Ziel gesetzt, den Menschen-

rechten weit über das eigene Schicksal hinaus und weit über den eigenen Kontinent hinaus weltweit zum Durch".

Deutscher Fussball Bund

Treffen mit DFB-Präsident Grindel

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB und der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages, Stephan Mayer, haben beim Präsidenten des Deutschen Fußballbundes, Reinhard Grindel, für deutsche Minderheiten-Fußballschulen geworben. An dem Gespräch nahmen auch der Abteilungsleiter im BMI, Herr Dr. Jörg Bentmann und der Referatsleiter, Herr Dr. Alexander Schumacher, teil. Auch dank der Unterstützung des DFB wird seit 2015 in den „Miro Deutsche Fußballschulen" in Polen spielerisch beim Fußballtraining die deutsche Sprache erlernt. Die Trainingseinheiten leiten Trainer mit einer Sportlizenz für Fußball, die die deutsche Sprache beherrschen. Die Trainer stützen sich bei der Durchführung der Trainingseinheiten auf Materialien des DFB. Den Sprachteil beim Training unterstützt das Goethe Institut Krakau. Wegen der großen Beliebtheit des Projekts vor allem bei Angehörigen der deutschen Minderheit gibt es inzwischen bereits acht Miro Deutsche Fußballschulen in Chronstau, Bodland, Malapane, Himmelwitz, Klein Kotorz, Kroschnitz, Gross Strehlitz und Leschnitz im Oppelner Schlesien mit über 300 Kindern und Jugendlichen. Der Aufbau der Fußballschule wurde neben dem Goethe-Institut in Krakau, der Deutschen Bildungsgesellschaft und dem Niedersächsischen Fußballverband unter der Leitung des Präsidenten Karl Rothmund, auch vom Deutschen Konsulat in Oppeln und dem Bundesministerium des Innern unterstützt. Ebenfalls hatten der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen

(VdG), Bernard Gaida und der Vorsitzende der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien, Rafał Bartek, entscheidend zum Aufbau der „Miro Deutsche Fußballschulen" beigetragen. Die „Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland", dessen Stiftungsvorsitzender der Oberbürgermeister von Goslar, Dr. Oliver Junk, und dessen Stiftungsratsvorsitzender MdB Koschyk ist, hat zudem im vergangenen Jahr den Umbau des Fußballplatzes in Chronstau/Chrząstowice in der Woiwodschaft Oppeln/Opole, wo auch die Kinder und Jugendlichen der Miro Deutschen Fußballschule trainieren, finanziell unterstützt. Koschyk und Mayer informierten DFB-Präsidenten Grindel, dass u.a. seitens der deutschen Minderheit in Rumänien und in der Kirgisischen Republik der Wunsch herangetragen wurde, mit Unterstützung des DFB und den entsprechenden nationalen Fußballverbänden vor Ort, das Konzept der „Miro Deutsche Fußballschulen" auch auf diese Länder zu übertragen.

Bundeskanzlerin

Angela Merkel im Gespräch mit Vertretern der Russlanddeutschen

„Mir liegen die Bedürfnisse und Interessen der Deutschen aus Russland sehr am Herzen", begrüßte die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ihre Gäste am 17. Mai 2017 im Bundeskanzleramt. Der Einladung folgten rund fünfzehn ausgewählte Personen, die der Volksgruppe der Deutschen aus Russland angehören. Im Rahmen des Empfangs bedankte sich der Bundestagsabgeordnete russlanddeutscher Herkunft ,Heinrich Zertik MdB, für die Wertschätzung der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Leistungen, die die Bundeskanzlerin der Volksgruppe entgegenbringt. „Von besonderer Bedeutung ist das stark ausgeprägte facettenreiche Engagement der Deutschen aus Russland, die starke Verankerung in den christlichen Kirchen, in den zahlreichen Vereinen sowie mittelständischen Unternehmen", unterstrich der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB. Schwerpunkte des Gesprächs waren unter anderem die politischen Maßnahmen im Bereich sozialer Sicherung im Alter, die nachhaltige politische Bildung, die Bedeutung des christlichen Glaubens, die Förderung des Unternehmertums sowie die Bewahrung der Identität für Deutsche aus Russland.

Sitzung der Deutsch–Ukrainischen Regierungskommission

Angelegenheiten der in der Ukraine lebenden Personen deutscher Abstammung

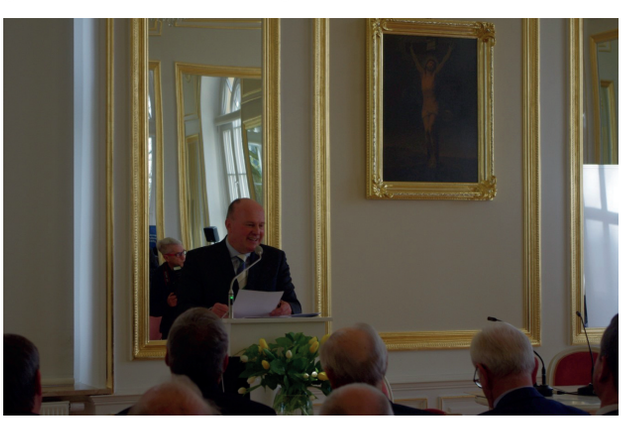
Am 6. Juni 2017 trat in Berlin die Deutsch-Ukrainische Regierungskommission für die Angelegenheiten der in der Ukraine lebenden Personen deutscher Abstammung zu ihrer 8. Sitzung zusammen, um über die Belange der in der Ukraine lebenden ca. 33.000 Angehörigen der deutschen Minderheit zu beraten. Die Sitzung wurde von Hartmut Koschyk, dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Mitglied des Bundestages, und der ersten stellvertretenden Kulturministerin Switlana Fomenko geleitet. Der ukrainischen Delegation gehörten auch der stellvertretende Minister für soziale Politik der Ukraine, Olexandr Prywalow und die Leiterin der Kultur-und Informationsagentur der Botschaft der Ukraine in Berlin, Erste Botschaftssekretärin Iryna Petrunko, an. Bundesbeauftragter Koschyk zeigte sich sehr erfreut, dass es nach der Wiederbelebung der Regierungskommission im letzten Jahr gelungen ist, eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine zu den Angelegenheiten der deutschen Minderheit zu etablieren und die deutsch-ukrainischen Beziehungen so zu vertiefen. „Nachdem wir im letzten Jahr erfolgreich

eine Neuauflage der Regierungskommission gestartet haben und ein Fundament für unsere Zusammenarbeit gelegt haben, ging es bei der diesjährigen Regierungskommission darum, das Haus der Zusammenarbeit auszubauen, sozusagen die Wände hochzuziehen, das Dach zu decken und mit der Innenverkleidung zu beginnen. Wir wollen die Grundlagen, die wir vereinbart haben, mit Leben füllen. Die Arbeit der Regierungskommission soll auf eine breitere Basis gestellt werden", sagte Koschyk im Anschluss an die konstruktiven und partnerschaftlichen Gespräche in Berlin. Die Bundesrepublik steht auch in schwierigen Zeiten zu der Ukraine. Koschyk würdigte insbesondere, dass die Ukraine bereit ist, die Arbeit der Regierungskommission auszubauen – trotz oder gerade wegen der prekären politischen, wirtschaftlichen und leider auch nach wie vor in Teilen militärischen Situation des Landes. Erste Vizeministerin Fomenko würdigte die Rolle der deutschen Minderheit in der Ukraine und bezeichnete diese als „Flaggschiff" unter den nationalen Minderheiten im Land. Dieses sei jüngst am Beispiel des Gedenkens an 500 Jahre Reformation deutlich geworden, deren Auswirkungen weit über die deutsche Minderheit hinausgingen. Auf Initiative des Vorsitzenden der Selbstorganisation der deutschen Minderheit, des Rates der Deutschen in der Ukraine (RDU), Wladimir Leysle, habe der ukrainische Präsident Petro Poroschenko einen entsprechenden Erlass zum Reformationsgedenken in der Ukraine herausgegeben.

Glaube, Stütze der Identität

Tagung zur Bedeutung der kirchlichen Seelsorge für deutsche Minderheiten

Heimat, Identität und Glaube bestimmen maßgeblich das menschliche Sein, weshalb die besondere Seelsorge für nationale Minderheiten eine wichtige Aufgabe der Kirchen ist. Die gemeinsame Reli Lebensweise und stellt ein verbindendes Element für die oft zersplittert lebenden Angehörigen nationaler Minderheiten dar. Das Jahr 2017 stellt für die christlichen Kirchen ein besonderes dar, markiert es doch das nunmehr 500. Jubiläum der Reformation. Viele europäische Staaten zelebrieren diesen historischen Anlass mit zahlreichen Feierlichkeiten und Gedenkveranstaltungen. Die Konferenz im Kur- und Tagungszentrum Sebastianeum in Schloß Groß Stein / Kamień Śląski unweit von Oppeln / Opole in Polen widmet sich den deutschen Minderheiten in den MOE- und GUS-Staaten und der Bedeutung des Zusammenhalts der Gemeinschaften der Deutschen Minderheiten im Sinne ihres christlichen Glaubens. Die Veranstaltung fand in Kooperation des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz / Gliwice, des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und der Konrad Adenauer-Stiftung statt und wurde von hochrangigen Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche begleitet. Die Tagung geht auf die Initiative des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, zurück, der die Tagung gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Konrad Adenauer-Stiftung und ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Dr. Hans-Gert Pöttering, eröffnet hat.



Bundesbeauftragter Koschyk reist nach Bukarest

Deutsch-Rumänische Regierungskommission

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, hat gemeinsam mit dem Staatssekretär im rumänischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, George Ciamba, in Bukarest die 20. Sitzung der Deutsch-Rumänischen Regierungskommission für die Belange der Deutschen Minderheit in Rumänien leitet. Die 20. Sitzung fand vom 10. bis 11. April 2017 in Bukarest statt und wurde mit den Jubiläumsfeierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Nachbarschaftsvertrages zur Freundschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands und Rumäniens verbunden. In den deutsch-rumänischen Beziehungen ist das Jahr 2017 wegen des 50. Jahrestags der Aufnahme der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien und des 25. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa (21. April 1992) von einer besonderen Bedeutung. Die Jubiläumsfeierlichkeiten wurden am zweiten Sitzungstag öffentlich im Rahmen einer Festveranstaltung zum Thema „ Die deutsche Minderheit – Gegenwart und Zukunft“ mit anschließendem Empfang in der deutschen Botschaft Bukarest begangen. Dabei wurden die Erfolgsbilanz der deutsch-rumänischen Regierungskommissionssitzungen und die wichtige Rolle der deutschen Minderheit in Rumänien im Vordergrund stehen. Diese Veranstaltung erfolgt, auf Initiative des Deutschen Botschafters in Rumänien, Bundesbeauftragtem Koschyk und Staatssekretär Ciamba. Die Moderation der Festveranstaltung übernahm die renommierte TVR-Fernsehjournalistin, Frau Ungar-Topescu. Anlässlich der 20. Sitzung der Regierungskommission verurteilen beide Regierungen die aktuelle – gegen die deutsche Minderheit gerichtete -Verleumdungskampagne einiger rumänischer Medien. Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten wurde der gegenseitige Mehrwert zwischen der deutschen Minderheit und der rumänische Mehrheitsgesellschaft hervorgehoben werden. Anknüpfend an die letzte Regierungskommissionssitzung, die im April 2016 in Goslar stattfand, wurden in der bevorstehenden Sitzung weitere Lösungsmöglichkeiten zu den Problemen der Personalsituation in den Sozialeinrichtungen der Deutschen Minderheit und der notwendigen Sanierung von deutschsprachigen Schulen erarbeitet. Traditionell waren zur Kommissionssitzung neben den Regierungsvertretern beider Seiten auch die Vertreter des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR) und der Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen, der Banater Schwaben und der Sathmarer Schwaben in Deutschland eingeladen.

AvH-Kulturforum

Wissenschaftlicher Beirat zu Gast in Bayreuth

Zur Unterstützung des Humboldt-Museumsparks konnte das Alexander von Humboldt-Kulturforum Schloss Goldkronach e. V. eine Reihe von namhaften Wissenschaftlern/-innen gewinnen, die das Projekt fachlich begleiten. Im Rahmen einer vom Alexander von Humboldt-Kulturforum organisierten Klausurtagung besuchten die Mitglieder des Beirates Bayreuth und Goldkronach. Am zweiten Tag ihres Besuches wurden die Beirats-Mitglieder zunächst vom ersten Bürgermeister der Stadt Goldkronach, Holger Bär, begrüßt. Im Anschluss führte der erste Vorsitzende des Museumsvereins, Klaus-Dieter Nitzsche, die Gäste durch das Goldbergbaumuseum in Goldkronach.

Im Rahmen der anschließenden Tagung stellten die beiden Studentinnen, Jihye Joo und Cornelia Geske, den Beiratsmitgliedern ihr Konzept des Museumsparks u. a. auch mit Blick auf das geplante Gelände unterhalb des Schloss Goldkronach nochmals ausführlich vor. Hartmut Koschyk MdB, Mitglied des Alexander von Humboldt-Kulturforums, informierte die Teilnehmer über die aktuellen Entwicklungen und Planungen zur Umsetzung des Museumsparks, insbesondere über die erst kürzlich errichteten neuen touristischen Hinweisschilder entlang der Autobahn A9, die auf Alexander von Humboldt und die Goldbergbautradition in Goldkronach hinweisen. Das Konzept des Alexander von Humboldt-Museumparks wurde ausführlich diskutiert. Ein weiteres Ziel wird künftig die stärkere Einbindung der Stadt Goldkronach mit dem Goldbergbaumuseum und den Besucherbergwerken sowie der Kindergärten und Schulen aus der Region sein, um sie als langfristige Partner für den Museumspark zu gewinnen.

Kulinarische Entdeckungstour

Genussfest auf Schloss Goldkronach

„Die Menschen interessieren sich wieder für ihr persönliches Umfeld, sie wollen wieder zurück zur Natur", sagte Imker Toni Herzing aus Büchenbach bei Pegnitz. Beim Genussfest des Alexander von Humboldt-Kulturforums rund um Schloss Goldkronach hatte Herzing nicht nur einige Bienenvölker dabei, sondern auch jede Menge Honig aus dem Bayreuther Land. Der Honig war freilich nur ein Teil der zahlreichen regionalen Spezialitäten, die Bäcker, Brauer, Brenner, Fischzüchter, Jäger, Kräuterexperten, Obstkelter und Winzer beim ersten Alexander von Humboldt-Genussfest präsentierten. Im Mittelpunkt standen eine „Humboldt-Brotzeit" mit „Humboldt-Laabla" der Goldkronacher Bäckerei Beck und „Humboldt-Seufzerla" der Bayreuther Metzgerei Parzen sowie der „Humboldt-Trunk", ein dunkles Export-Bier, das die Brauerei Hütten aus Warmensteinach eigens für das Genussfest eingebraut, exklusiv ausgeschenkt und im Sechser-Pack zum Verkauf angeboten hatte. Die Veranstalter, allen voran Initiator und Bundestagsabgeordneter Hartmut Koschyk, hatten allerdings nicht mit einem derart großen Zuspruch parallel zur Goldkronacher Frühjahrskerwa gerechnet. Schon rund 90 Minuten nach dem Auftakt des Festes meldete die Jägervereinigung Pegnitz ausverkauft, die Wildsau am Spieß war weggegangen wie die buchstäblichen warmen Semmeln. Auch die 80 Forellen aus dem Räucherofen von Fischzüchter Karlheinz Herzing aus Büchenbach waren im Nu verkauft.

„Unser Ziel war es, die Hersteller unserer regionalen Spezialitäten noch besser bekannt zu machen", sagte Hartmut Koschyk. Er freute sich besonders darüber, dass auch die Alexander von Humboldt zu Ehren geschaffenen Kreationen, die sich die Genusshandwerker

eigens für das Fest ausgedacht hatten, auf so großen Zuspruch gestoßen waren. Sogar der Rahmen wurde regional ausgestaltet. Neben den Pegnitzer Jagdhornbläser sorgte das Frankentrio unter der Leitung von Siggi Stadter für die passende Musik. Geopark-Rangerin Annette Taubenreuther informierte nicht nur über den Geopark Bayern-Böhmen, sondern erläuterte allen Interessierten im Keller des Schlosses die geologische Besonderheit der Fränkischen Linie.

Kunst- und Kulturaustausch nachhaltig verstärkt

Musical „Chiara di Dio" begeistert Bayreuth und Berlin

Gemeinsam mit der italienischen Stiftung „Fondazione Leo Amici" sowie mit Unterstützung des Bischofs von Assisi, Mons. Domenico Sorrentino ist es der Gesellschaft der Freunde der Region Assisi e.V. gelungen, im Mai 2017 das Musical „Chiara di Dio" erstmals in Deutschland im ZENTRUM in Bayreuth und im Pfefferberg Theater in Berlin aufzuführen. Seine Musicals und sein gesamtes künstlerisches Schaffen stehen im Zeichen der christlichen Botschaft. Carlo Tedeschi, Komponist, Autor und Leiter der von ihm gegründeten Akademie für Kunst und berufliche Bildung das Musical „Chiara di Dio" über die Heilige Klara, die den Heiligen Franz von Assisi unterstützte und als Begründerin des Klarissen-Ordens gilt,

geschrieben. Das erfolgreiche Musical wird regelmäßig im „Teatro Metastasio" in Assisi gezeigt, fast eine halbe Million Menschen haben es bereits gesehen. Die Bayreuther Aufführung bestach durch ihre aufwändige Choreographie, die tänzerischen Einlagen, die raffinierte Lichttechnik und die zahlreichen Projektionen. Sämtliche Darsteller des fast 25-köpfigen Ensembles sangen live mit hervorragenden Musical-Stimmen, allen voran die 23-Jährige Albatea Internulla als Chiara und der 27-jährige Francesco Troilo als Franziskus. Immer wieder gab es vor allem nach den großangelegten Ensembleszenen begeisterten Zwischenapplaus, am Ende sogar Standing Ovations. Mit einem grandiosen Auftritt endete die Konzerttour des Musicals „Chiara di Dio" im Berliner Pfefferberg Theater in Deutschland. Musikalisch besteht das Werk aus einfühlsamen Songs, gängigen Pop-Nummern und mitreißenden Chorszenen.

Brückenschlag zweier Länder

XVI. Deutsch-Koreanisches Forum in Fulda

Vom 4. bis 6. Juli fand in Fulda das XVI. Deutsch-Koreanische Forum statt, dessen deutscher Ko-Vorsitzender Hartmut Koschyk MdB ist. Das Deutsch-Koreanische Forum führt deutsche und koreanische Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, berät über die wichtigen Fragen der deutsch-koreanischen Beziehungen und richtet seine Empfehlung an die Regierungen beider Länder. Parallel tagte zum 6. Mal unter der organisatorischen Federführung des Instituts für Koreastudien der Freien Universität Berlin ein Deutsch-Koreanisches Juniorforum. Schwerpunkte des diesjährigen Forums waren die aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Lage in beiden Ländern, die Mittelstandsförderung (oder KMU-Förderung) in Deutschland und Korea, die aktuelle Lage auf der koreanischen Halbinsel und Nordostasien sowie die Förderung des Geistes- und Sozialwissenschaften. Zudem berichtete der Berater

des südkoreanischen Präsidenten Moon, Lee Soo-Hyuck, über die angespannte Lage auf der koreanischen Halbinsel. Vor dem Hintergrund der leidvollen Erfahrung der deutschen Teilung und dem Glück der deutschen Wiedervereinigung war es von großer symbolischer Bedeutung, dass das XVI. Deutsch-Koreanische Forum im Jahr 2017 in Fulda, das nur rund 35 Kilometer von der innerdeutschen Grenze entfernt lag, stattfand. Gemeinsam mit den Teilnehmern des Deutsch-Koreanischen Forums und den Teilnehmern des Deutsch-Koreanischen Juniorforums besuchte man die Gedenkstätte Point Alpha, wo in Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung eine öffentliche Veranstaltung mit Podiumsdiskussion zum Thema „„Erinnerungskultur in Deutschland und Korea“ stattfand, bei der u. a. der Vorsitzende der Bundestiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur, Minister a. D. Rainer Eppelmann, einen Impulsvortrag hielt. Da sich rund 60 Prozent der koreanischen Bevölkerung zum Christentum bekennen, besuchte man vor dem Hintergrund des Luther-Jubiläumsjahres 2017 ebenfalls die Wartburg, wo Martin Luther die Bibel in die deutsche Sprache übersetzte. Im Namen des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland und Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Herrn Dr. Heinrich Bedford-Strohm, begrüßte der Theologische Direktor der evangelischen Wittenbergstiftung, Pfarrer Jan von Campenhausen, die Gäste im Festsaal auf der Wartburg, um ein Zeichen der Verbundenheit der evangelischen Kirche in Deutschland mit den christlichen Kirchen in Korea zusetzen und auch symbolhaft damit zu unterstreichen, welche herausragende Rolle insbesondere die evangelische Kirche in der ehemaligen DDR bei der Überwindung der deutschen Teilung hatte. Mit einem festlichen Abendessen auf Einladung der Landesregierung Hessen wurde das XVI. Deutsch-Koreanische Forum in Anwesenheit von Dr. Wolfgang Dippel, Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, beendet. Gerade vor dem Hintergrund der nordkoreanischen Atom- und Raketentests in diesem Jahr und den andauernden nordkoreanischen Provokationen, die mit harten Sanktionen des Weltsicherheitsrates beantwortet wurden, war das XVI. Deutsch-Koreanische Forum, unmittelbar vor dem G20 Gipfel in Hamburg, von großer Bedeutung. Dem hohen Stellenwert, den die koreanische Politik den Beziehungen zu Deutschland beimisst, wurde dadurch deutlich, dass der neu gewählten südkoreanische Präsident Moon Jae-in, fast zeitgleich zum Deutsch-Koreanischen Forum, in Berlin politische Gespräche mit Bundeskanzlerin Merkel führte und in der Bundeshauptstadt im Vorfeld des G 20-Gipfels in Hamburg die anderen G 20-Mitglieder zu einer gemeinsamen Position gegenüber Nordkorea und dessen Nuklear- und Raketenprogramm aufgerufen hat.

Erfahrungsbericht

IPS-Stipendiatin Kinga Gáspár im Deutschen Bundestag

Drei erfahrungsreiche Monate hat Kinga Gáspár, IPS-Stipendiatin aus Ungarn im Deutschen Bundestag hinter sich. Nun berichtet sie über ihre Erfahrungen und Eindrücke, die sie während ihres Praktikums im Bundestagsbüro von Hartmut Koschyk MdB gesammelt hat: „Dank der freundlichen Atmosphäre konnte ich mich im Abgeordnetenbüro schnell zurechtfinden. Im Büro habe ich neben den alltäglichen Sekretariatsaufgaben diverse Aufträge bekommen: Ich konnte bei der Vorbereitung von Briefen sowie bei der Organisation des Deutsch-Koreanischen-Forums mitwirken und ich durfte auch in den Sitzungswochen die Ausschusssitzungen, Konferenzen zu diversen Themen im Fraktionssaal der CDU/CSU und die Plenardebatten besuchen. Auch habe ich das historische Moment miterlebt, als Herr Koschyk seine letzte Rede als Abgeordneter des Deutschen Bundestages im Plenum gehalten hat. Selbstverständlich habe ich versucht, so viele Aufgaben zu erledigen, wie möglich, weil mein Ziel mit diesem Praktikum war, den Deutschen Bundestag kennenzulernen und Erfahrungen zu sammeln. Ich durfte Herrn Koschyk auf seinen Terminen begleiten. Mitte Mai hat Herr Koschyk eine Delegation von ungarischen Politikern auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest zu einem Meinungs- und Informationsaustausch im Bundesministerium des Innern empfangen. Das Gespräch stand unter dem Zeichen des 25. Jubiläumsjahres des deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrags, um die Zusammenarbeit auf allen Gebieten – so auch in minderheitenpolitischen Angelegenheiten in Ungarn – lebendig zu erhalten. Als Angehörige der ungarndeutschen Minderheiten bedeutet es für mich sehr viel, dass Herr Koschyk sich mit viel Mühe für die Angelegenheiten deutscher Minderheiten einsetzt. Die Tagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in Berlin konnte ich auch begleiten. Das i-Tüpfelchen bedeutete für mich ein Treffen mit Bundesaußenminister Sigmar Gabriel und dem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, der auch Schirmherr des Internationalen Parlaments-Stipendiums ist.

Stellungnahme

Abstimmung zum Thema „Ehe für Alle“

„Zunächst möchte ich betonen, dass ich die Entscheidung von Menschen, die ihren Lebensentwurf in anderen Formen der Partnerschaft als der Ehe verwirklichen möchten, selbstverständlich voll und ganz respektiere. Auch in gleichgeschlechtlichen Beziehungen werden grundlegende Werte unserer Gesellschaft gelebt. Menschen, die in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft zusammenleben möchten, haben einen Anspruch auf Toleranz und dürfen keinesfalls diskriminiert werden. Allerdings ist nach meiner Überzeugung dem Bedürfnis gleichgeschlechtlicher Lebenspartner nach Anerkennung und rechtlicher Absicherung mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz in der geltenden Fassung bereits umfassend Rechnung getragen worden. Die Verschiedengeschlechtlichkeit der Partner ist Wesensmerkmal der Ehe. Sie ist Ausgangspunkt der Generationenfolge und ist – ungeachtet der den Ehepartnern allein überlassenen freien Entschließung für eine Elternschaft – der durch vielfältige gesetzliche Ausgestaltung privilegierte Rechtsraum zur Familiengründung. Dies unterscheidet die Ehe im Wesentlichen von einer Lebenspartnerschaft, die auf gleichgeschlechtliche Paare begrenzt ist und aus der keine gemeinsamen Kinder hervorgehen können. Des Weiteren muss ich im Zusammenhang mit der Ausweitung der Ehe meine verfassungsrechtlichen Bedenken äußern. Ebenso wie der ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, bin ich der Meinung, dass die Ehe im Sinne des Grundgesetzes nur die „Vereinigung eines Mannes mit einer Frau zu einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft ist“. Der beschlossene Gesetzesentwurf müsste demnach zunächst einer Änderung des Deutschen Grundgesetzes folgen.“

Aus diesem Grund habe ich bei der Parlamentssitzung am 30. Juni 2017 gegen eine Ausweitung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare abgestimmt.

Schnelleres Internet für die Region Bayreuth–Forchheim

Förderbescheid zum Breitbandausbau

Gute Nachrichten für die Region. Die Stadt Bayreuth, sowie die Gemeinde Pretzfeld im Landkreis Forchheim erhielten jeweils einen Förderbescheid von über 50.000 Euro für den Ausbau eines schnellen Internets. Bei der Feierstunde im Verkehrsministerium machte der Parlamentarische Staatssekretär Barthle deutlich: „Das Bundesprogramm für superschnelles Breitband ist ein Riesenerfolg. Die große Nachfrage der Kommunen hält unvermindert an: Täglich erreichen uns neue Förderanträge, über die wir schnell und unbürokratisch entscheiden. Wir machen allen Kommunen und Landkreisen ein Angebot, das Bundesprogramm zu nutzen, damit es bis 2018 auf der Landkarte keine weißen Flecken mehr gibt." Im Anschluss an die Vergabe betonte Hartmut Koschyk MdB: „Das Internet ist heute eine feste Komponente unseres alltäglichen Lebens. Die Digitalisierung erreicht inzwischen alle Lebensbereiche. Es verändert Politik, Wirtschaft und unser Privatleben. Es freut mich deshalb umso mehr, dass die Region Bayreuth-Forchheim vom

bundesinitiierten Breitbandausbau profitiert und die Attraktivität unserer Region gestärkt wird. " Die Förderbescheide wurden mit der Bundestagskollegin Dr. Silke Launert MdB an die Bürgermeisterin der Stadt Bayreuth, Brigitte Merk-Erbe (Bild links), und die Bürgermeisterin der Gemeinde Pretzfeld , Rose Stark (Bild rechts), übergeben.

Besuchergruppen in der Bundeshauptstadt Berlin

Den Politikern auf die Finger geschaut

Auch in den vergangenen Monaten führte Hartmut Koschyk MdB Informationsfahrten in die Bundeshauptstadt Berlin durch. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger seines Wahlkreises nutzten die Gelegenheit, um sich in Berlin aus erster Hand über die Arbeit von Hartmut Koschyk MdB zu informieren und in verschiedenen Ministerien die Arbeit der Bundesregierung erläutert zu bekommen. Neben dem Besuch einer Plenarsitzung oder eines Informationsvortrages im Deutschen Bundestag besuchten die Besuchergruppen u. a. das Bundesministerium des Innern, die Landesvertretung des Freistaates Bayern in Berlin und wurden bei Stadtführungen und Stadtrundfahrten über die Stadt

Berlin informiert. Neben einer Fahrt unter der Leitung des Heimatvereins Forchheim, Dr. Dieter George,, und des Vorsitzenden des Vereins zur wahrung des fränkischen Brauchtums, Karl Heinz Distler (erstes Bild von links), konnten in einer weiteren Informationsfahrt Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Bayreuth-Forchheim die Bundeshauptstadt kennenlernen.

www.koschyk.de